Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

7. März 1986

RM

Nummer 8

Her mit dem ganzen Leben!

von CARMEN HANSEN

So heißt es am Ende des Gedichtes „Brot und Rosen", nach dessen Motto der DGB dieses Jahr den Internationalen Frauentag feiert. Erfreulicher Weise feiern auch die Gewerkschaften seit 1980 wieder den Internationalen Frauentag, wofür die Frauen jahrelang gekämpft haben. Beeinfluß durch die „neue" Frauenbewegung, die ihren Ursprung in der Studentenbewegung Anfang der 70er Jahre hat, haben Frauen überall in der Gesellschaft auf die Gegenwart bezogen die Frage gestellt: Ist es denn das Ziel der Emanzipation, kann es überhaupt erstrebenswert sein, daß die Frauen werden wie die Männer, also dasselbe tun dürfen, dieselben Rechte wie sie bekommen und immer auch mehr wahrnehmen können, wo doch die Männer es so sehr nötig hätten, selbst emanzipiert zu werden? Das heißt seitdem für die Frauenbewegung, daß der Mann nicht das Modell für den Menschen ist. Und so ist für die Frauenbewegung heute der Kampf für Gleichberechtigung gleichzeitig verbunden mit dem Kampf für eine Gesellschaft frei von patriarchalen Strukturen, in der die Spaltung der Geschlechter aufgehoben ist und Frauen und Männern ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird. Das heißt für Frauen aber auch immer, ihre eigene Identifikation zu überprüfen, die all zu oft noch an überholtem Männlichkeitsideal orientiert ist. Insgesamt ist Frauenunterdrückung eben nicht nur ein Problem der werktätigen Frauen, die es neben den ausländischen Frauen mit Sicherheit am schwersten von uns haben. Genauso wenig, wie es richtig ist, die Frauenfrage zur Klassenfrage insgesamt zu erklären. Doch alle Frauen in unserer Gesellschaft sind aufgrund ihres Geschlechtes entwürdigt und in vielerlei Hinsicht vom Gesetz diskriminiert und entmündigt. Wir Kommunistinnen unterstützen deshalb alle Bestrebungen der Frauenbefreiung und wehren uns gegen eine Aufspaltung. Natürlich beteiligen wir uns vor allem an den politischen Kämpfen gegen Konservatismus und Reaktion und erarbeiten uns unsere Standpunkte auf der Grundlage unserer sozialistischen Auffassungen. (Was wohl sonst?) Doch hat schon so manche Frau von uns am eigenen Leib gespürt, daß gerade in der linken Bewegung die Anerkennung der Frau ausschließlich über die Annahme männlicher Sprache und Verhaltensmuster möglich war, was uns neben dem Attribut „Macker-Frau" seitens der Frauenbewegung ein permanent schlechtes Gewissen verschaft hat und unsere Kräfte auf das äußerste überforderte, weil einfach nicht zu schaffen war, was angeblich geschafft werden mußte. Verspätet, aber nicht zu spät, sind die Frauen der sogenannten ML-Bewegung nun auch zur neuen Frauenbewegung vorgestoßen. Sie arbeiten in den Gewerkschaften und in Frauengruppen unter feministischen Aspekten und auch in KPD und GIM konnten wir Frauen durch die Durchsetzung einer Quotierung von 50 Prozent unsere rechtliche Diskriminierung zumindestens zahlenmäßig abbauen. Wirklich ein Grund für uns, besonders diesen Internationalen Frauentag freudig zu feiern. Her mit dem ganzen Leben — das war für uns Kommunistinnen schon immer klar, nur wissen wir heute viel besser, was wir dazu beitragen können.



MARCOS GESTÜRZT: Wenige Tage nach den Wahlen, die der Diktator Marcos mit gigantischen Betrugsmanövern nochmals für sich entscheiden wollte, ist das erste Hauptziel der philippinischen Opposition erreicht. Marcos mußte zu seinen amerikanischen Freunden flüchten, die Philippinos feierten im alten Domizil des Diktators, im Malacanang-Palast ein Freudenfest. Dabei wurden — unser Bild — Bilder von Marcos zerstört. Zur Entwicklung auf den Philippinen ein **Kommentar auf Seite 2.**

Binnendruck durch Geiselnahme

von HORST DIETER KOCH

Der erste Teil der öffentlichen Anhörung zur geplanten Änderung des § 116 AFG hat die Position der Regierungskoalition jedenfalls nicht gestärkt.

Besonders unangenehm für die Union der Auftritt des ehemaligen Bundesministers und Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda (CDU), der nicht nur die aufgrund früherer Äußerungen erwarteten eigentumsrechtlichen („Enteignung" von Versicherungsansprüchen) Bedenken vortrug, sondern sehr klar auch von einer Gefährdung der Tarifautonomie sprach.

Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, erläuterte vor dem Ausschuß: „Es geht um den Binnendruck". Damit ist gemeint, daß mit der Entziehung des Kurzarbeitergeldes für die kalt Ausgesperrten erreicht werden soll, daß diese verstärkten Druck auf die Gewerkschaften zur Beendigung des Arbeitskampfes ausüben. Kirchner machte so deutlich, daß die Behauptung Blüms, es ginge nur um eine rechtliche Klarstellung, auch aus der Sicht der Unternehmer, kompletter Unsinn ist.

Zur Methode, mit der Blüm, Kirchner und Konsorten den „Binnendruck" auf die Gewerkschaften steigern wollen, erklärte der Arbeitsrechtler Ulrich Mückenberger: „In anderen Zusammenhängen würde man von Geiselnahme sprechen."

Nach der Anhörung stellt sich für die Parteien der Regierungskoalition jedenfalls das Problem, daß sie das unpopuläre Thema selbst dann nicht vom Tisch haben, wenn sie den Anti-Streikparagraphen im Eilverfahren durch den Bundestag ziehen; denn dann wäre nun eine Verfassungsklage wohl unausweichlich und damit auch Thema kommender Wahlkämpfe. Nach dem Ausgang der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein dürfte diese Aussicht die Widersprüche im Lager der Unionsparteien erheblich zuspitzen.







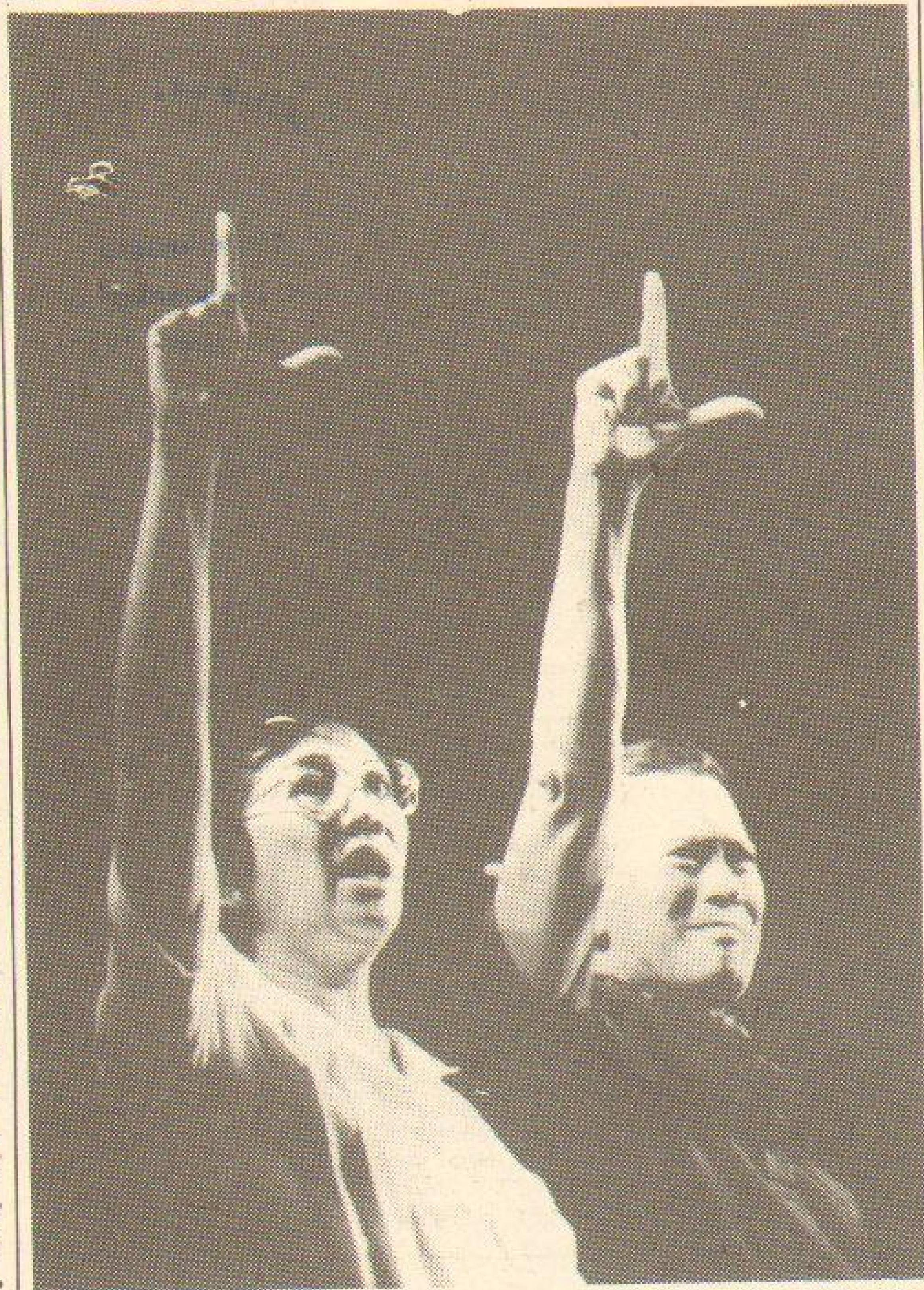
INTERVIEW: Die beiden Vertreter des Pan Africanist Congress of Azania, die auf Einladung revolutionärer Sozialisten eine Rundreise durch die BRD machten, äußern sich im „Roten Morgen" zu aktuellen Fragen des Freiheitskampfes in Südafrika. **Seite 5** • **HIGH-TECH:** Die Mikroelektronik gilt als zukunftsträchtige und vor allem saubere und sichere Technologie. Was dran ist an diesen Behauptungen, stellen Informationen aus Silicon Valley in Kalifornien klar. **Ein Bericht auf Seite 10.** • **WAHLKAMPF:** In der KPD hat der Wahlkampf längst begonnen. Der 6. Parteitag entschied gegen eine Kandidatur der KPD bei den Bundestagswahlen. Eine Urabstimmung der Parteimitglieder steht aus. **Kontroverse Positionen auf den Seiten 8 und 9**

Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Ausgabe können wir euch leider nicht mit einem RM-Thema beglücken. Dafür bieten wir aber viel Stoff zum Lesen, Nachdenken und Diskutieren mit der Beilage zum Thema „Konservative Wirtschaftspolitik und die Aufgaben der revolutionären Sozialisten zur Bundestagswahl."

In der nächsten Ausgabe sind wir aber wieder mit einem RM-Thema zur Stelle. Und zwar zur NATO. Das ist gleichzeitig unser Service für die, die Ostern nicht nur marschieren, sondern auch etwas verteilen möchten. Möglichst bald bestellen!

Zum Schluß noch eine Berichtigung. Im letzten RM (S. 7) sind die Redebeiträge von Schröder (SPD) und Ströbele (Grüne) etwas durcheinandergeraten.
Schröders Redebeitrag reicht bis in die 4. Spalte oben. Erst nach den drei Pünktchen in dieser Spalte beginnt Ströbeles Redebeitrag. Nach uneidlichen Richtigaussagen unserer Lay-outer handelt es sich hierbei nicht um einen verzweifelten Versuch, eine rot-grüne Koalition in Niedersachsen zu zimmern, sondern um eine schlichte Panne.
Bis zum nächsten Mal,
eure Redaktion

Nach Marcos



Die Auseinandersetzungen um die Präsidentschaft auf den Philippinen wurden mehr als ein Wahlkampf. Unter dem Eindruck der Morde, der Fälschungen, der Drohungen und der Selbstherrlichkeit des Marcos-Clans entwickelte sich eine breite oppositionelle Volksbewegung unter derem Druck die alte Macht Stück für Stück verfiel, zersetzt wurde, bröckelte.

Spätestens als Tausende Einwohner Manilas rebellierende Militäreinheiten vor Marcos-treuen Truppenteilen schützten, wurde klar, daß Marcos am Ende war. Was in der Presse gern als die „lächelnde Revolution" bezeichnet wird, was von der siegreichen philippinischen Opposition gern „Peoplespower" genannt wird, hat als neue Regierung, als neue Macht auf den Philippinen eher das etabliert, was die revolutionäre Linke einen politischen „Elitentausch" nennt.

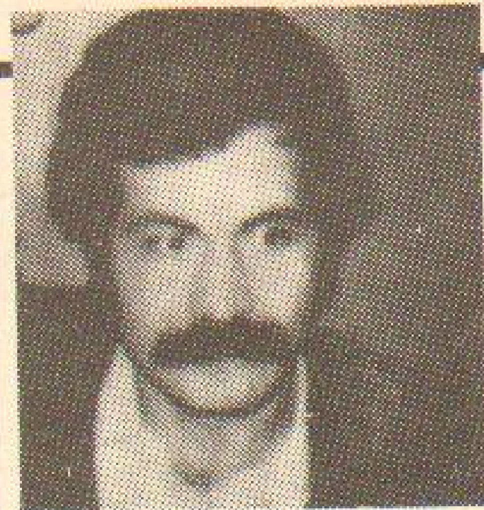
Cora Aquino und ihre erste Regierung bilden ein Bündnis von superreichen Konkurrenten des bislang allmächtigen Marcos-Clans, von hohen Beamten und Militärs der Diktatur, die erst im letzten Augenblick das sinkende Schiff des Ferdinand Marcos verließen. Frau Aquino selbst und ihr Vize Salvador Laurel kommen auch aus den wohlhabendsten Kreisen des Landes, in dem Massenarmut und politische Unterdrückung eine lange Geschichte haben.

Heißt das nun, es wird alles beim Alten bleiben? Cora Aquino wurde von den Massen, den Wählern und denjenigen, die Marcos klarmachten, daß seine Herrschaft beendet ist, zum Sieg, an die Regierung getragen. An den Forderungen nach allgemeinen Freiheitsrechten, nach Verbesserung der ökonomischen Situation der breiten Massen, nach einer Landreform wird diese Regierung nicht vorbeikommen. Wenig wird auf den Philippinen so bleiben können wie es unter der Herrschaft des Marcos-Clans gewesen ist.

Die Regierung unter der neuen Präsidentin Cora Aquino steht unter einem hohen Druck der Massenbewegung. Eine große Rolle wird das Verhältnis der Regierung zur revolutionären Linken, zur Neuen Volksarmee (NPA) und der Kommunistischen Partei spielen.

So wenig vorausschauend der Beschluß der radikalen Linken gewesen scheint, sich durch den Boykottbeschluß aus dem Wahlkampf herauszuhalten, der der 20jährigen Marcos-Diktatur den Garaus machte, so wenig kann eine Amnestie für politische Gefangene ernstgenommen werden, die die Führer und Verantwortlichen der in vielen Gebieten der Philippinen erfolgreichen und breit unterstützten NPA und der KP ausschließt.

Aquino ist nicht Marcos. Aber die vielbeschworene „Peoples power", die Volksmacht, hat sich noch nicht durchgesetzt. (mb)



Trauer über die Ermordung von Kürsat Timuroglu
Im vorigen Jahr, bei der Abschlußveranstaltung des „Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" führte ich ein längeres Gespräch mit Kürsat für den „Roten Rebell''. Die gute Zusammenarbeit linker und revolutionärer Menschen während des Marsches hatten ihm Mut gemacht, hatten ihn bestärkt in der Hoffnung, altes, dogmatisches Bekämpfen verschiedener Auffassungen innerhalb der revolutionären Linken zugunsten konkreter Zusammenarbeit und solidaritscher Auseinandersetzung überwinden zu können.

Am 27.2. starb Kürsat, erlag den schweren Verletzugnen, die ihm eine Kugel aus der Waffe eines PKK-Mordkommandos am 25.2. zufügte. Kürsat ist das sechste Opfer einer Organisation, die sich selbst zum alleinigen Vertreter der Interessen des kurdischen Volkes erklärt hat, die jeden, der es öffentlich und zu laut wagt, Kritik an ihrer Politik zu üben, zum Verräter erklärt und bedroht. Kürsat war Anhänger einer Abspaltung von Dev Yol, Devrimci Isci. Nach seinem Tod erklärten seine Genossen: „Wir wenden uns an die, die meinen, ‚wir sind für eine schönere Zukunft'. Wenn ihr meint, daß nicht neue Sülüfüs, Resuls, Semirs, Mustafas, Sahbarz und Kürsatzs von der PKK ermordet werden sollen, müßt ihr gegen sie Stellung beziehen und dem Einhalt gebieten, daß im Namen des ‚Nationalen Befreiungskrieges' Demokraten liquidiert werden, die anders denken. (jo)

Einsam

540000 Mitglieder hat der DGB-Landesbezirk Nordmark. Davon ca. 130000 Frauen. 67 Delegierte trafen sich am 15./16.2.86 zur Delegiertenkonferenz. Davon 9 Frauen. 32 Mitglieder wurden dort in den Landesbezirksvorstand gewählt. Davon 1 Frau. Um diese 1 Frau kam die Delegiertenkonferenz nämlich nicht herum, weil sie als Vertreterin des Landesbezirks-Frauenausschusses automatisch dem Vorstand angehört.

Tolle Logik

Bewerben sich Männer und Frauen um einen Arbeitsplatz, dürfen die Frauen nicht gefragt werden, ob sie schwanger sind. Begründung: Das wäre eine Benachteiligung gegenüber den männlichen Bewerbern.

Bewerben sich nur Frauen um einen Arbeitsplatz, dürfen sie gefragt werden, ob sie schwanger sind. Begründung: das ist keine Benachteiligung gegenüber Männern, weil sie ja mangels Bewerbung nicht bevorzugt eingestellt werden können.

Mit dieser Begründung wies das Bundesarbeitsgericht jetzt die Klage einer Arzthelferin ab, die bei der Einstellung die Schwangerschaftsfrage nicht beantwortet hatte und deshalb wegen „arglistiger Täuschung" gekündigt wurde, als sich herausstellte, daß sie bei der Einstellung bereits schwanger war.

Wahl contra Bonn

Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein haben einen Ausgang gehabt, der in dieser Eindeutigkeit eher überraschte. Ist dies doch sonst eher eine sichere Sache für die CDU, so mußte sie erheblich Federn lassen — in den Städten und auf dem Land.

In den vier größeren Städten Schleswig-Holsteins: Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster hat die SPD nun wieder entweder die absolute Mehrheit bzw. ist die stärkste Fraktion, die Grünen sind satt überall drin, und die FDP ist satt überall draußen. Die Niederlage der CDU wird komplett durch ihren Verlust der absoluten Mehrheit in den meisten Landkreisen, wo ebenfalls die Gewinner SPD und Grüne waren, wo allerdings die FDP in einigen Kreisen noch Ergebnisse über 5 Prozent erreichen konnte.

Weil die Wahlergebnisse aus den verschiedenen Kreisen und Städten alle in dieselbe Richtung gehen, ist dies wohl tatsächlich als eine Wahl gegen die Regierungskoalition in Bonn zu werten. Solch eine allgemeinere Aussage läßt sich ja sonst bei Kommunalwahlen nur schwierig schlußfolgern. CDU-Ministerpräsident Barschel mußte dann eine Niederlage eingestehen, die „durch Bonn mit verursacht" ist, und er nannte auch gleich die beiden Themen, die seiner Ansicht nach der CDU/FDP geschadet hatten: § 116 und Sicherheitsgesetze. Aber vor dem Hintergrund der sich ankündigenden neuen Welle von Arbeitsplatzvernichtungen in der Werftindustrie hatte auch die Propaganda mit den „wirtschaftlichen Erfolgen" der Bundesregierung nicht besonders gezogen und landespolitisch haben bestimmt die Diskussionen um die Deponie Schönberg und die Einrichtung des Nationalparks Wattenmeer eine Rolle gespielt.

Die DKP war die einzige Partei, die aus dem Spektrum der politischen Linken kandidierte. Sie erreichte nicht die Stimmenzahl der letzten Wahl und sank von 0,3 auf 0,2 Prozent.

Strafe

Der Verband der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) verhängte gegenüber dem Landkreis Heidenheim eine Vertragsstrafe von 40000 DM. Der Kreistag hatte dort beschlossen, die Kürzung der Ausbildungsvergütungen für die Krankenpflegeschülerinnen nicht voll durchzuführen, sondern pro Schüler 90 DM netto mehr zu bezahlen.

„Baby-Jahr"

Frauen, die vor 1921 geboren sind, sind von der Anerkennung eines Erziehungsjahres auf die Rente ausgeschlossen. Gegen diese empörende gesetzliche Regelung gab es bereits viele Proteste.

Die HBV hat jetzt angekündigt, daß sie alle Frauen, die dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wollen, unterstützen wird.

Kündigen!

Norbert Blüm bekam jetzt Post aus seinem Wahlkreis für die Bundestagswahl '87 in Dortmund. Die IGM Kirchderne schrieb ihm u.a.: „Wir schämen uns, Sie als Mitglied in unseren Reihen zu wissen. Für uns sind Sie im Kabinett sinn- und nutzlos! Wir erwarten daher, Daß Sie uns und sich nicht länger belügen und Ihre Mitgliedschaft kündigen!"

Daneben

Der erste und wohl auch einzige Staat, der kurz nach den Wahlen ein Grußtelegramm an Marcos schickte, war die Sowjetunion. Nicht genug damit, kommentierte die Parteizeitung „Prawda" den Abdruck der Glückwünsche auch noch mit einer Verurteilung der Unruhen nach den Wahlen als US-gesteuert.

Die Arbeitgeber fragen:

WOLLEN SIE STREIKS DER IG METALL BEZAHLEN?

Wenn ja, dann lassen Sie sich doch ganz einfach die Kontonummer der IG Metall geben.

Aber bleiben Sie fair.
Und lassen Sie die Arbeitslosenversicherung aus dem Spiel. Denn in die Arbeitslosenversicherung zahlen alle ihren Anteil ein – die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber.

Verlangen Sie nicht, daß alle Arbeitnehmer dazu gezwungen werden, mit ihren Pflichtbeiträgen zur Arbeitslosenversicherung für Streiks der IG Metall finanziell geradezustehen!

Verlangen Sie nicht, daß wir Arbeitgeber dazu gezwungen werden, einen Streik mit zu finanzieren, der sich gegen uns selbst richtet!

Treten Sie dafür ein, daß Arbeitsämter nicht als Streikersatzkasse der IG Metall mißbraucht werden.

Das ist alles, was ein besserer § 116 AFG sichern will.

Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie, Bochum

Wer so dumm fragt, wie die Arbeitgeber in dieser Anzeige in der „Westdeutschen ALlgemeinen Zeitung", kommt nicht umhin, die dümmstmögliche Antwort gleich mitzuliefern. Wir hätten einen Alternativ-Vorschlag: „Wollen Sie die Aussperrungen von Gesamtmetall bezahlen? Wenn ja, halten Sie treu zur Regierungskoalition. Das ist es ja, was Blüms neuer § 116 AFG sichern will."

Frech

Die „taz" veröffentlichte kürzlich eine Liste von 27 Unternehmen in Schleswig-Holstein, die von jüdischen Zwangsarbeitern profitiert haben. Dabei auch Howaldtwerke Deutsche Werft (HDW) in Kiel. Auf entsprechende Nachfrage der taz hieß es aus der Vorstandsetage, HDW sei „zu sehr mit Gegenwartsproblemen und Zukunftsfragen beschäftigt, als man sich mit der Vergangenheit des Unternehmens beschäftigen könnte."

Roter Morgen
RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Ostermarsch '86



Auch in diesem Jahr führt die Friedensbewegung an Ostern ihre Ostermärsche gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in allen Regionen der BRD durch. Die Organisatoren der Ostermärsche haben für den diesjährigen Ostermarsch drei Hauptlosungen aufgestellt:

- Stopp der Militarisierung des Weltalls!
- Stopp der Raketenstationierung (von Pershing II und Cruise Missiles)
- Stopp des Rüstungshaushaltes, Verwendung des eingesparten Geldes für Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zur Weltraummilitarisierung fordern die Organisatoren der Ostermärsche „Keine Beteiligung an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen im Rahmen von SDI, Eureka und anderen Projekten". Wirksam wäre es unserer Meinung nach aber auch, von der Bundesregierung neben einem Nein zu einem Regierungsabkommen über SDI eine tatsächliche Unterbindung der Beteiligung westdeutscher Konzerne an SDI zu fordern.

Auf jeden Fall: Die Ostermärsche '86 sind wieder einmal ein guter Anlaß, um für den Frieden auf die Straße zu gehen. Die Kolleginnen und Kollegen, die sowieso die sozialen Hauptlasten des Aufrüstungskurses tragen, sind an Ostern besonders gern in den Reihen der Friedensbewegung gesehen.

Der Ostermarsch Ruhr zieht vom 29.3. — 31.3. von Duisburg nach Dortmund.

Die Daten der anderen Ostermärsche können in den nächsten Wochen unter (069) 550895 erfragt werden. ◆

Klassenjustiz 2

Zu insgesamt 10000 DM Geldstrafe wurden sieben Mitglieder der IG Druck & Papier und ein DGB-Rechtsschutzsekretär vom Amtsgericht Ahrensburg verurteilt. Vorwurf: Nötigung, Blockade, falsche Versicherung an Eides statt. Die Kollegen waren am 29. Juni 1984, also während des Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Streikposten vor der Ahrensburger Springer-Druckerei. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und das Gerichtsurteil basieren im wesentlichen auf der Wahrheitsfindung durch die Springer-Geschäftsleitung.

„Die Zeugenliste liest sich wie ein ‚who is who' der Springer-Manager in Hamburg", berichtet das Zentralorgan der IG Druck & Papier.



Die DGB-Landesbezirkskonferenz Nordmark nahm folgenden Antrag des Landesbezirksvorstands der IG Druck & Papier an:

„Der DGB-Bundesvorstand und der DGB-Landesbezirksvorstand werden verpflichtet, unverzüglich umfassende Schritte einzuleiten, um die Ächtung und das Verbot der Aussperrung zu erreichen."

Der Beschluß enthält eine Reihe von Maßnahmen, die zur Entfaltung einer solchen Kampagne beitragen könnten. Schließlich heißt es noch einmal unmißverständlich:

„Aufforderung an Bundes- und Landesregierungen und Oppositionsparteien, das Verbot der Aussperrung gesetzlich zu regeln."

Von einer notwendigen „Wende" sprach der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf dem Parteitag in Moskau. Die aus dem Blickwinkel hiesiger Innenpolitik delikate Wortwahl ist dem Generalsekretär sicher nicht anzulasten. Interessant immerhin, daß es auch bei der sowjetischen Wende um den „Aufschwung" geht.

„Effektivierung" ist das Zauberwort. Die Zielsetzung ist verständlich, bedenkt man, daß Gorbatschow in seinem Tätigkeitsbericht folgende Bilanz ziehen mußte:

„Die Produktion der meisten Erzeugnisarten in der Industrie und Landwirtschaft hat im elften Planjahrfünft die vom XXVI. Parteitag der KPdSU gesteckten Ziele nicht erreicht."

Wende in Moskau?

Gorbatschow hat aber kein Programm präsentiert, wie die offenkundigen Probleme der sowjetischen Ökonomie zu lösen sind. Einzig handgreiflich ist die Ankündigung, den Handlungsspielraum der einzelnen Betriebe wieder zu erweitern. Originell ist die Idee wirklich nicht. Seit mehr als zwei Jahrzehnten werden die Handlungsspielräume der Betriebe mal erweitert, mal eingeengt. In der Verlagerung der Akzente von zentralverwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen auf solche zur Förderung einzelbetrieblicher Rentabilität und umgekehrt liegt der Schlüssel zur Lösung der sowjetischen Wirtschaftsprobleme erwiesenermaßen nicht.

Und auch die politische Methode, mit der Gorbatschow die Krisenprobleme angehen will, ist des öfteren bereits erfolglos erprobt worden: Da gibt es ja die Kader, die gleichgültig, unflexibel, konservativ, bürokratisch usw. sind. Gorbatschow: „Solche Beispiele sind scharf zu verurteilen, da es sich um eine Untergrabung des Kurses der Partei auf die Rekonstruktion und die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts handelt. Gegen Erscheinungen solcher Art muß mit aller Strenge vorgegangen werden." Wie zu hören ist, hat ein hoher Prozentsatz der Partei — und vor allem der Wirtschaftskader — diese Strenge schon zu spüren bekommen. Wohlgemerkt: Es liegt uns fern, für die in die Wüste Geschickten Partei zu ergreifen. Aber ähnliche Prozeduren in der Vergangenheit haben gezeigt, daß auch die neuen Kader sich nach einer kurzen Phase demonstrativer Gesten zu ihrem Vorteil in das bestehende System einpassen.

Obwohl die Ergebnisse des KPdSU-Parteitags sicher noch einer detaillierteren Analyse bedürfen, sei bereits eine Prognose gewagt: Auch die Wende in Moskau wird nicht zu einem Aufschwung führen. Darauf kann Genosse Generalsekretär schon mal einen gleichnamigen Wodka heben — heimlich natürlich.

(hdk)

Billige Polinnen?

Mehrere Male hintereinander war in Ulmer Tageszeitungen folgende Anzeige der örtlichen Partnerschaftsagentur Royal erschienen: „Polnische Frauen aller Altersgruppen wünschen Ehe mit deutschen Männern." Deshalb: „... geht die professionelle Eheanbahnung immer mehr in Richtung Polen, da polnische Frauen im Gegensatz zu philippinischen Mädchen keinerlei mentalitätsbedingte Anpassungsschwierigkeiten in Deutschland haben und im Gegensatz zu deutschen Frauen weniger wirtschaftliche Ansprüche stellen ..." Ulmer Frauengruppen haben Anfang Februar in der Fußgängerzone dagegen protestiert.

Spanner

Seit sechs Jahren bemüht sich der heutige Gemeindeparlamentarier der Grünen in Bad Dürkheim, Klaus Helbig, herauszufinden, wer und in wessen Auftrag er 1980 wie ein gemeingefährlicher Schwerverbrecher observiert wurde. Monatelang ging es wie in einem schlechten Krimi zu. *„Die Observation erfolgte mit mindestens 16 Fahrzeugen, wobei teilweise bis zu sechs Wagen Klaus Helbig folgten"*, beschreibt Helbigs Anwalt die Fahndung. *„Er wird überwacht — werktags wie sonntags, beim Brötchenholen, Einkaufen, Spazierengehen oder im Straßencafe, beim Musikfestival ebenso wie im Schwimmbad, wo die Observanten wie ‚Spanner' am Zaun stehen"*.

Helbig versuchte von den Gemeinden, in denen die Verfolgerautos angemeldet waren, die Halter herauszubekommen. Fehlanzeige, bei wichtigen staatlichen Interessen kann das verweigert werden. Ein Oberlandesanwalt zu dem Fall: Helbig wird schon wissen, in welchen Kreisen er sich bewegt, welche Freunde er hat — dann weiß er auch, warum er beobachtet wird. Dem ermittelnden Gericht ist von dem Oberlandesanwalt angeboten worden, die Auftraggeber der Fahndung zu nennen, allerdings nur zum „Eigengebrauch", nicht für die öffentliche Verhandlung.

Michael Zimball bestätigt

Michael Zimball, der bereits im November 85 in einer Kampfabstimmung zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Göttingen gewählt worden war, zunächst aber nicht vom Landesbezirksvorstand bestätigt wurde, mußte nach scharfen Protesten nun doch in seinem Amt bestätigt werden. Dergleichen soll sich aber nicht wiederholen. Deshalb beschloß der Landesbezirksvorstand: Kreisdelegiertenversammlungen sollen künftige Kreisvorsitzende „auf Vorschlag des Landesbezirksvorstandes im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand" wählen. Dagegen rebellierte die einen Tag später stattfindende Landesbezirkskonferenz. Mit großer Mehrheit forderte die Konferenz den Landesbezirksvorstand auf, den Beschluß zurückzunehmen.

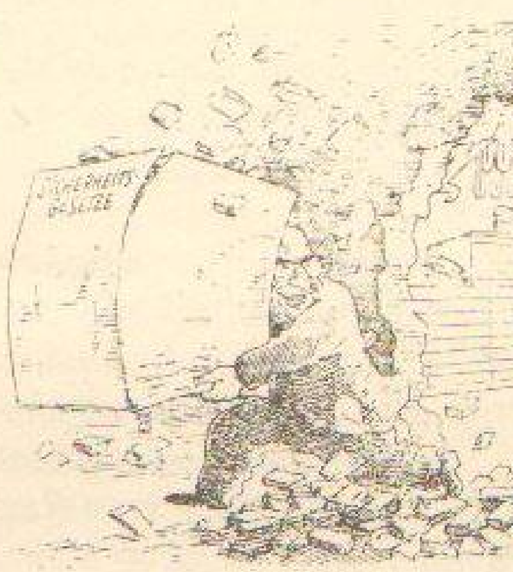
Klassenjustiz 1

Das Amtsgericht Cannstatt hat gegen 38 Kolleginnen und Kollegen Strafbefehle über 1000 bis 1600 DM verhängt, ein Kollege wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Nötigung angeklagt. Der Anlaß: eine Protestaktion gegen die Schließung des Cannstatter Werkes der Trafo-Union durch den Siemens-Konzern. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich im April 84 vor das Werkstor setzten, um den Abtransport von Maschinen zu verhindern, wurden von der Polizei abgeräumt.

Für Aufsehen sorgte, daß dabei auch für „Terroristenbekämpfung" ausgebildete und ausgerüstete Spezialeinsatzkommandos (SEK) zum Einsatz kamen. Gewalt wurde damals ausschließlich von der Polizei ausgeübt: Kollegen wurden geschlagen und über die Straße geschleift, dem Betriebsratsvorsitzenden Heinz Hummler wurde die Brille zerschlagen.

Die Ermittlungen gegen die brutalsten Polizeibeamten wurden von der Staatsanwaltschaft am 28.1.86 eingestellt. Begründung: „Überzogene, agitatorische Schilderungen" seien die Zeugenaussagen, dagegen sei das Vorgehen der Polizei „verhältnismäßig" gewesen. Noch Fragen?

Alles Gelaufen?



Aufgeschoben war nicht aufgehoben. Das neue Personalausweis- und Paßgesetz sowie die Änderung des § 167d der Strafprozeßordnung (Schleppnetzfahndung) sind im Bundestag mehrheitlich beschlossen worden. Das war zu erwarten. Oder hat die SPD-Fraktion ernsthaft angenommen, eine Woche Zeitgewinn und ein bißchen Ausschußberatung mehr könnten die Pläne der Koalitionsparteien tatsächlich ins Wanken bringen?

Aber noch ist nicht alles gelaufen. Noch ist es für tatsächlichen Widerstand nicht zu spät. Der praktische Einsatz des maschinenlesbaren Personalausweises kann verzögert werden. Und wenn Winterstein mit seiner Ankündigung, in Hessen die nötigen Lesegeräte nicht anzuschaffen, Ernst macht, kann er sogar boykottiert werden. Ob die Sozialdemokraten sich allerdings tatsächlich ihre „Lernfähigkeit bewahrt" haben, wie Winterstein in der Bundestagsdebatte behauptete, wird sich vor allem daran zeigen, was sie dafür tun, um die Verabschiedung derjenigen (Un-) Sicherheitsgesetze zu verhindern, deren 2. und 3. Lesung durch den Bundestag noch aussteht (MAD, BND-, und Verfassungsschutzgesetz, Gesetz über die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, Änderung des Straßenverkehrsgesetzes — ZEVIS).

Daß diese Gesetze nur durch den massiven „Druck der Straße" verhindert werden können, steht spätestens seit dem 28.2.86 fest. (kw)

600 Arbeitslose für 6,5 Millionen



Rund 2000 Menschen protestierten am „politischen Aschermittwoch" in Passau. F.J. scheute den Kontakt mit seinem bayerischen Volk diesmal und benutzte den Lieferanteneingang. Vorher hatte die Belegschaft bereits mit Särgen und Protesttafeln vor dem örtlichen Rathaus protestiert.

Für ca. 11 Mio DM kaufte der Münchner Bau- und Braulöwe Josef Schörghuber 1979 das Holzwerk Hauzenberg im Bayrischen Wald in der Nähe von Passau. Angeblich, um die Arbeitsplätze dort langfristig zu sichern.

Dafür belohnte ihn die Landesregierung mit 2,5 Mio DM Subventionen und 5 Mio DM für Sonderabschreibungen, die Sparkassen mit einem langfristigen Darlehen über 10 Mio DM. Macht summa summarum 17,5 Mio DM — 11 Mio für den Kauf, 6,5 Mio für Schörghuber.

Sieben Jahre muß ein so subventionierter Betrieb geführt werden, damit die Gelder nicht zurückgezahlt werden müssen. Genau einen Tag nach Ablauf dieser Frist gab Schörghuber die Schließung seines Werks bekannt.

Bilanz dieser Transaktion: 6,5 Mio DM (die Zinsgewinne nicht mitgerechnet) für Schörghuber, 600 Arbeitsplätze weniger und ein Anstieg der örtlichen Arbeitslosenquote von 20 auf 40 Prozent.

Gnadenakt

Passend zur Welle des Antisemitismus in der letzten Zeit hat Berlins Innensenator Lummer sein Lieblingsthema, die Hetze gegen Asylanten, wieder zur Sprache gebracht, als er forderte, das Recht auf Asyl solle aus dem Grundgesetz heraus, weil die „Gewährung von Asyl ihrem Wesen nach ein staatlicher Gnadenakt" sei.

Daß Lummer sich überhaupt noch traut, in solchen Zusammenhängen das Wort „humanitär" in den Mund zu nehmen! Der Mann, der Männer, Frauen und Kinder in das brennende Beirut zurückschickte, weil seiner Ansicht nach die Lage dort „normal" war. Der Mann, für den die sichere Aussicht auf Folter kein Asylgrund ist, der schwangere Ehefrauen in die Türkei abschieben will. Der Mann, in dessen Amtsbereich Abschiebehäftlinge bei lebendigem Leib verbrennen usw. usf.

Wenn Lummer schon „Gnadenakte" fordert, hätten wir verschiedene Vorschläge zu machen. Erstens wäre es ein echter staatlicher Gnadenakt, wenn allen Politikern das kleine Einmal-Eins beigebracht würde und der Öffentlichkeit nicht ständig dreimal so viele Asylanten und Asylsuchende präsentiert würden wie tatsächlich hier leben — nämlich 0,3 Prozent der Bevölkerung. Und zweitens wäre es ein ganz besonders wertvoller persönlicher Gnadenakt von Lummer, wenn er endlich seinen Hut nehmen und uns alle mit seiner weiteren Tätigkeit als Innensenator verschonen würde. Dafür würde ihn dann wahrscheinlich auch einmal eine Türkin aus Kreuzberg küssen ...

Alle Jahre wieder

Man glaubt es kaum: Alle Jahre wieder gibt es Verbote der Aufführung des wohl besten und erfolgreichsten Jugendtheaterstückes über Lust und Liebe, der Produktion des Grips-Theaters aus Berlin: „Was heißt hier Liebe".

An einem Gevelsberger Gymnasium hatte ein Schülerkurs dies Stück seit September vergangenen Jahres einstudiert und wollte es nun aufführen. Ein aufmerksames Elternpflegschaftsmitglied der Schule (das überhaupt keine Kinder mehr an diesem Gymnasium hat!) machte aber Radau, der Rektor verbot die Aufführung, der Fachlehrer des Kurses bekam Redeverbot und das Kultusministerium bestätigte die Entscheidungen des Rektors.

Chancen für eine Aufführung gibt es trotzdem. Claus Peymann, Intendant des naheliegenden Bochumer Schauspielhauses bot den Schülern jetzt an, ihre Aufführung in Bochum auf die Bühne zu bringen. Peymann: *„In unserem Theater kann niemand, kein Direktor, kein Regierungspräsident und kein Minister etwas verbieten."* Außerdem hat Peymann angeboten, die Bochumer Inszenierung des Stükkes, die schon 75 mal mit großem Erfolg aufgeführt wurde, auch in Gevelsberg zu zeigen.

Boykott-umgehung

Hamburg. Wie der Nachrichtendienst des BWK für den Bereich Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 22.2. meldete, werden im Hamburger Hafen ganz direkt Boykottmaßnahmen skandinavischer Gewerkschaften unterlaufen.

Norwegische und finnische Gewerkschaften hatten beschlossen, Schiffe nach Südafrika zu boykottieren. Wie jetzt bekannt wurde, sind große Mengen finnischen Zeitungspapiers zunächst ohne genaue Bestimmung des Zielhafens nach Hamburg transportiert worden. Hier wurden die Rollen — die keinen Hinweis auf die Herkunftsfirma trugen — nachträglich mit der Bezeichnung des Bestimmungshafens versehen. Der war Durban in Südafrika. Große Mengen dieses Papiers wurden dann auf den schwedischen Frachter „Kolsnaren" verladen, der drei Häfen als Bestimmungsorte hatte: Port Elizabeth, Kapstadt und Durban, alle in Südafrika!

Der Frachter gehört der schwedischen Reederei TRANSOCEAN, die schon nach dem Boykottbeschluß der finnischen und norwegischen Gewerkschaften angekündigt hatte, ihre Einfuhren für Skandinavien aus Südafrika nur noch bis Hamburg zu transportieren. Ein Einfuhrverbot der schwedischen Regierung für Waren aus Südafrika beantworteten die Reeder der TRANSOCEAN mit einer Schadensersatzforderung von 100 Millionen schwedischen Kronen.

Dr. Rau

Was soll man bloß machen, wenn man im Land der Dichter und Denker Kanzler werden möchte, aber einfach nur Johannes Rau heißt? Nicht Prof. Rau, nicht Dr. Rau, noch nicht einmal Dipl.-xy Rau, sondern einfach Rau?

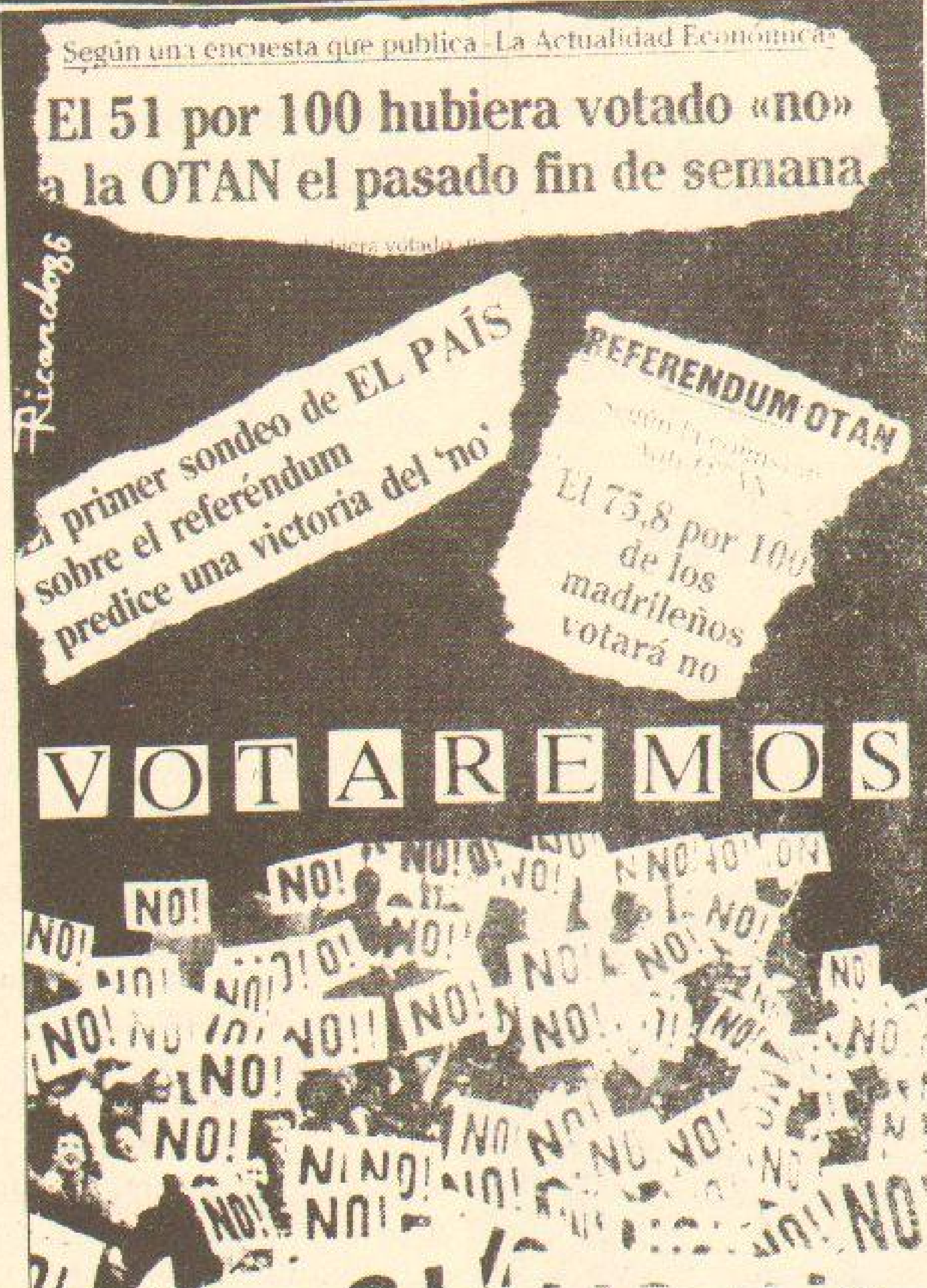
Natürlich könnte Johannes sich Vbh Rau nennen, Verlagsbuchhändler Rau. Das hat er schließlich gelernt. Aber das wäre erstens etwas umständlich, weil so wenige Menschen wissen, was „Vbh" heißt. Und außerdem: Warum soll man die Leute auch noch mit der Nase darauf stoßen, daß man selber ein schnöder Bücherverkäufer ist, wenn der Gegner zwar aus Oggersheim kommt, aber immerhin Dr. phil Helmut Kohl heißt?

Was soll man also tun? Die Ochsentour wählen, Westfalenkolleg und dann auf die Seniorenuniversität? Das ist ja wohl für einen Mann, der immerhin acht Jahre lang Minister für Wissenschaft und Forschung war, nicht zumutbar. Was also dann?

In dieser Situation zeigte es sich, wie wichtig es ist, wenn eine Landeshauptstadt eine Universität hat. Die Uni Düsseldorf hatte nämlich Ende letzten Jahres ein Einsehen und verlieh Johannes Rau die Ehrendoktorwürde.

Seitdem darf Johannes Rau sich Dr. h. c. Rau nennen. Aber er tut es nicht. Er verzichtet bescheiden auf das „h. c.", also auf das „ehrenhalber" und nennt sich lieber schlicht Dr. Rau. — So wie Dr. Kohl.

NATO — NO



Die abgebildete Montage aus der spanischen marxistisch-leninistischen Zeitung „Vanguardia Obrera" fordert auf, „Stimmen wir Nein!". Gemeint ist das Referendum über Spaniens NATO-Zugehörigkeit, das am 12. März stattfinden wird. Der Kampf um die Stimmen ist jetzt in die heiße Phase gegangen. Die breite Anti-NATO-Bewegung in Spanien, die schon Millionen Menschen auf die Straße gebracht hat, sieht sich einer starken Kampagne von der Reaktion (die zur Enthaltung aufruft, um eine Nein-Mehrheit zu verhindern) bis zu der sozialdemokratischen PSOE ausgesetzt, die voll für die „Allianz" eintritt. **„NO a la OTAN"** (OTAN = span. NATO) ist aber die bestimmende Parole, die in diesen Tagen und Wochen auf Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen in ganz Spanien für Stimmen gegen das westliche imperialistische Kriegsbündnis wirbt.



Stell dir vor, es ist Unterricht und Lehrer besetzen die Schule: Ende Februar besetzten 500 arbeitslose Lehrer aus Nordrhein-Westfalen aus Protest gegen die steigende Lehrerarbeitslosigkeit die Gesamtschule Bonn-Beuel. Alleine in NRW gibt es bereits über 20000 Pädagogen ohne Anstellung. Mit Sketchen, Aktionen und jeder Menge guten Argumenten gewannen die Lehrer die Sympathien der Schüler — die sich mit der Besetzung und der Forderung nach Aufhebung des Einstellungsstopps für Lehrer solidarisierten.

Solidarität mit Solidarnosc

Rund 1600 polnische Bürger haben Anfang Februar einen Appell an den polnischen Partei- und Staatschef Jaruzelski unterzeichnet, um die Situation von vier sich im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen der „Solidarnosc" zu verbessern.

Drei Gefangene im Warschauer Gefängnis — Czeslaw Bielecki, Andrzej Gorski und Edmund Krasowski — verweigern seit Oktober die Nahrung um ihrer Forderung nach Anerkennung als politische Gefangene und besserer Behandlung Nachdruck zu verleihen. Der vierte Häftling, Wlodzimierz Woroniecki schloß sich dem Hungerstreik im November an. Die polnische Regierung hat erklärt, alle Hungerstreikenden würden zwangsernährt, die Unterstützer des Appells fordern auch die Verlegung der vier Männer in reguläre Kliniken und angemessene Behandlung der mittlerweile sehr kranken Häftlinge.

70 Tonnen Gold nach Peru

Peru hat 500 Millionen Dollar seiner Reserven aus der Schweiz abgezogen und dafür 70 Tonnen Gold erworben, die heimlich nach Peru geschafft wurden. Grund der Maßnahme des mit rund 14 Milliarden Dollar bei Auslandsbanken verschuldeten Landes, ist die Furcht vor Beschlagnahme der Gelder in der Schweiz durch die internationalen Banken. Die peruanische Regierung hat nämlich beschlossen, nur noch 10 Prozent der Exporterlöse des Landes für Rückzahlungen der Schulden zu verwenden. Die peruanische Regierung, die die Finanzpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die dramatische Wirtschaftslage in ihrem Land verantwortlich macht, will sich auch weiter gegen die horrenden Forderungen der internationalen Banken zur Wehr setzen.

Uli Briefs gefeuert

Ulrich Briefs, ehemaliger grüner Landtagsabgeordneter, wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter des DGB-eigenen Forschungsinstituts WSI gefeuert. Die Geschäftsleitung des Instituts hatte gegen U. Briefs im Zusammenhang mit Dienstreisen offenbar reichlich an den Haaren herbeigezogene Vorwürfe erhoben. Briefs hatte die Geschäftsleitung daraufhin aufgefordert, sich weniger um „Kinkerlitzchen", sondern um substanzielle wissenschaftliche Arbeit zu kümmern (taz, 21.2.86). Dadurch fühlten sich die Geschäftsführer, Wolfgang Spieker und Heinz Markmann, herabgesetzt und beleidigt. Der Betriebsrat des WSI widersprach der Kündigung in allen Punkten. Die Geschäftsleitung wies „vorsorglich" darauf hin, daß im Falle einer gerichtlichen Niederlage beabsichtigt sei, die fortschrittliche Institutsordnung zu kündigen. Betriebsrat und U. Briefs sollen also erpreßt werden, auf die Ausschöpfung der Kündigungsschutzrechte zu verzichten. Der Betriebsrat meint, für ein Institut des DGB sei das ein „skandalöses" Verhalten. Was sonst?

VOLKSFRONT gegen §116-Änderung

Die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg wendet sich in einem vierseitigen, vom Bundesvorstand herausgegebenen Flugblatt gegen den von der Regierungskoalition beabsichtigten Angriff auf das Streikrecht. Am Schluß dieses sehr informativen Flugblatts fordert die VOLKSFRONT: „Stoppt dieses Gesetzesvorhaben, Hände weg vom Streikrecht, für das Gesetzliche Verbot der Aussperrung!" Das Flugblatt kann beim Bundesvorstand der VOLKSFRONT (Kamekestr. 19, 5000 Köln 1) bezogen werden.

Entgegentreten

Es ist nie zu früh, den Anfängen zu wehren — aber bitte nicht vor 9 Uhr — Ganze 50 Abgeordnete verloren sich im Plenarsaal, als am 27. Februar eine Aktuelle Stunde zum Thema „wiederaufkeimende antisemitische Tendenzen" auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Zur Erinnerung: In der Auseinandersetzung um die längst überfällige Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter durch bundesdeutsche Konzerne hatte der CSU-Abgeordnete Fellner geäußert, Juden meldeten sich rasch zu Wort, wenn in deutschen Kassen Geld klingele. Kurze Zeit nach Fellner ließ der CDU-Bürgermeister des niederrheinischen Städtchens Korschenbroich, v. Spee, die antisemitische Sau raus. Er wollte kurzerhand zur Deckung von Haushaltslücken ein paar reiche Juden erschlagen.

Mit Mühe bekam die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher 45 Unterschriften aus ihrer Fraktion, der SPD und den Grünen für die Aktuelle Stunde zusammen. Die CDU/CSU fand das Thema schlicht „unaktuell". Um so bemerkenswerter, daß Kanzler Kohl sich schon um 8 Uhr blicken ließ. Weniger bemerkenswert, was er zu sagen hatte. Er wiederhlte seine Worte von der „Gnade der späten Geburt". Das bedeute jedoch kein Vergessen der Verantwortung für die Geschichte, sondern das genaue Gegenteil, interpretierte er neu. Ansonsten hieße Wachsamkeit auch, einen Sinn für Proportionen zu haben. „Es geht entschieden zu weit, heute von Aufkeimen des Antisemitismus ... zu sprechen."

Einzig der SPD-Abgeordnete Duve fand in dieser bedrückenden Aktuellen Stunde ‚Sinn für Proportionen'. Er stellte den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit her. Sprach von einer „neuen Verdrängung" historischer Erfahrungen. Während Duve den Sarg des von Nazi-Skinheads ermordeten Ramazan Avci zum Flughafen begleitete, erhielt seine Frau Drohanrufe.

Am Wochenende nach der Aktuellen Stunde eröffnete der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit die alljährliche „Woche der Brüderlichkeit". Bundespräsident v. Weizsäcker nutzte seine Eröffnungsrede zu einer weiteren Aufpolierung des eigenen Images. Er hob besonders hervor, Minderheitenschutz sei weder ein Almosen, noch eine großzügige Geste der Demokratie, sondern gehöre zu ihrem Wesen. Jedem Anzeichen von Antisemitismus und Rassismus sei ganz entschieden entgegenzutreten. Unabhängig davon, wie ernsthaft ein Mann, der seine ersten politischen Sporen als Verteidiger im Nürnberger Prozeß verdient hat, so etwas meint, sollten wir ihn und alle vollmundigen Redner gegen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit beim Wort nehmen! (jo)

Süssmuth kontra Blüm

Zu Rita Süssmuth's Buch: Frauen — der Resignation keine Chance

von KARIN WAGNER

Ist Rita Süssmuth eine „Hoffnungsträgerin" für die Frauen dieser Republik in der Regierung Kohl? Oder ist sie ein „Paradiesvogel", um Wählerinnenstimmen für die Unionsparteien zu ködern, den man — nach gewonnener Wahl — gegebenenfalls wieder freisetzen kann bzw. will? Oder aber ist sie vor allem eine Protagonistin derjenigen Kräfte in den Unionsparteien, die mit alten Ideen brechen wollen, um eine konservative Strategie zu entwickeln, die im Computer-Zeitalter Bestand und Erfolg haben kann?

Rita Süssmuth ist von der Familienpolitik zur Beschäftigung mit der Frauenfrage gekommen. Die erste entscheidende Erkenntnis, die sie bei der Beschäftigung mit der Frauenfrage in den letzten Jahren gewonnen hat, ist die, daß sich Rolle und Bewußtsein breitester Teile der Frauen in den 60er und 70er Jahren erheblich verändert haben. Vor allem im Hinblick auf die Wahrnehmung und die Bewertung von Berufstätigkeit. Die zweite entscheidende Erkenntnis ist die, daß diese Entwicklung unumkehrbar ist. So stellte sie beispielsweise auf dem Berliner Parteitag der CDU 1984 fest: *„Aber insgesamt hat ein Prozeß eingesetzt, der eine Reduktion des weiblichen Betätigungsfeldes auf die Familie nicht mehr zuläßt … Von daher ist zu erwarten und zu vermuten, daß die gegenwärtige Arbeitsmarktkrise nicht erneut dazu genutzt werden kann, die Frauen aus dem beruflichen und öffentlichen Bereich zu verdrängen."* (S. 314)

Von daher steht Rita Süssmuth in schroffer Opposition zu denjenigen Kräften in den Unionsparteien und in der katholischen Kirche, die — aus ihrer Sicht — retten wollen, was nicht zu retten ist: die Definition der Rolle der Frau als biologisch vorbestimmter Mutterrolle; die Fortschreibung der althergebrachten Form der Familie mit dem Vater als Oberhaupt und Ernährer, der Mutter als Hüterin des Hauses und der Kinder; oder aber auch die Wiederbelebung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Appelle fast ausschließlich an das soziale Gewissen von Frauen. Diese Oppositionshaltung und die für Unionspolitiker ungewohnte Bereitschaft, Realitäten anzuerkennen, sind sicherlich der Hauptgrund für die Faszination, aber auch Irritation, die zunächst Heiner Geißler mit seinen Thesen zum CDU-Parteitag im März letzten Jahres und nun die neue Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit ausüben.

Man und frau sind m. E. aber schlecht beraten, die Ideen von Heiner Geißler oder Rita Süssmuth vorschnell als „Teilsieg des Feminismus" oder als „fortschrittlich" einzuordnen. Man und frau sollten vorher zumindest ernsthaft prüfen, ob es sich hier nicht vielleicht um eine andere, klügere politische Strategie zur Durchsetzung konservativer Politik handelt. Eine Alternative zu der Strategie nämlich, die alle gesellschaftlichen Prozesse, denen nicht die alten Hüte konservativer Politik aufzustülpen sind, sogleich als bedrohlich und feindlich bekämpft und damit letztlich Gefahr läuft, nur noch für einige Omas und Opas und eingefleischte Traditionalisten attraktiv zu sein. Die Alternative von Heiner Geißler und Rita Süssmuth dazu lautet: Gesellschaftliche Prozesse, wie sie zum Beispiel bezüglich der veränderten Rolle der Frau stattgefunden haben, dürfen nicht verteufelt werden. Sie müssen und **können** genutzt werden, um konservativer Politik — in moderner, dem Computer-Zeitalter angemessener Gestalt — zu neuer Attraktivität zu verhelfen. Die diesbezüglichen Vorstellungen Rita Süssmuths sollen im folgenden anhand der Themen Arbeitslosigkeit und Familie skizziert werden.



Rita Süssmuth war bis zum Regierungsantritt Vizepräsidentin und Vorsitzende der Kommission „Ehe und Familie" beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Mitglied des Beirats für Familienfragen des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, beteiligt an Gutachten und Berichten zu Familien- und Jugendthemen und seit 1981 Direktorin des von Ernst Albrecht eingerichteten Forschungsinstituts „Frau und Gesellschaft" in Hannover.
Rita Süssmuth ist Direktkandidatin der CDU für die Bundestagswahl 1987 in Göttingen.

„Frauen zurück an den Herd?"

Rita Süssmuth polemisiert mit großem Engagement gegen alle Versuche, Frauen unter Hinweis auf ihre „wahre Bestimmung als Mutter" oder weil sie angeblich Doppelverdienerinnen seien, aus dem Erwerbsleben herauszudrängen. Sie glaubt nicht daran, daß auf diese Weise die Zahl der Arbeitslosen — zumindest optisch — verringert werden kann, und sie hält es auch für falsch.

Sie führt im wesentlichen drei Argumente gegen diese Überlegungen an: Erstens verweist sie auf die Fakten, die belegen, daß — trotz Krise und trotz massiver Propaganda — der Anteil von Frauen an den Ewerbstätigen nicht zurückgegangen, sondern sogar leicht angestiegen ist (auf ca. 11 Millionen). Zweitens gibt sie zu bedenken, daß gerade durch die Arbeitslosigkeit sich für eine ganze Reihe von Frauen der Zwang, erwerbstätig zu werden, verstärkt hat und weiter verstärken wird. Drittens verweist sie darauf, daß alle Umfragen belegen, daß Berufstätigkeit heute fester Bestandteil der Lebensplanung von Frauen ist.

Deshalb ist sie gegen Bestrebungen, angesichts der Arbeitslosigkeit Spaltungslinien zwischen Männern und Frauen zu ziehen. Genauso ist sie auch gegen ein Ausspielen von „Arbeitsplatzlosen" gegen „Arbeitsplatzbesitzende". Sie ist überhaupt gegen alle Strategien, die darauf hinauslaufen, „Schuldige" für die Arbeitslosigkeit zu präsentieren und auf diese Weise mit Scheinkonflikten zwischen Männern und Frauen, Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzlosen, Hausfrauen und berufstätigen Frauen usw. die tatsächlich Verantwortlichen für die Arbeitslosigkeit aus dem Schußfeld zu bringen.

Rita Süssmuth, die 4,5 Millionen Arbeitslose im Jahr 1990 für wahrscheinlich hält, zieht es vor, so zu tun, als gäbe es überhaupt keine Ursachen und auch keine Verantwortlichen für die Arbeitslosigkeit. Deshalb taucht dieser Begriff auch nur sehr selten in ihrem Buch auf. Viel lieber schreibt sie von der *„Krise der Erwerbsarbeit"*, der *„Verknappung der Erwerbsarbeit"* — Erscheinungen der *„postindustriellen Gesellschaft"* (Rita Süssmuth), für die niemand etwas kann, aus denen alle das Beste machen müssen.

Auf letzteres kommt es ihr besonders an. Deshalb plädiert sie für eine Neubewertung der Erwerbsarbeit. Soll heißen: Der einzelne und die Gesellschaft sollen bezahlte Arbeit nicht mehr so wichtig nehmen wie bisher. Unbezahlte (oder gering bezahlte) Tätigkeit z.B. in der Familie oder in ehrenamtlichem Engagement soll in ihrem Wert für den einzelnen und die Gesellschaft angehoben werden. In solch einer Gesellschaft, in der die Erwerbstätigen nicht mehr die Norm prägen, sieht Rita Süssmuth dann auch die Chance, daß die Arbeitslosen sich nicht mehr so arbeitslos fühlen. Und wer sich nicht benachteiligt fühlt, muß dann auch nicht protestieren, oder?

Als konkrete Alternative zu dem Versuch, die Frauen aus dem Erwerbsleben herauszudrängen, propagiert Rita Süssmuth auf dem Hintergrund dieser Überlegungen mehr Teilzeitarbeit, allgemein flexiblere Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten — also genau das, was auch die Wirtschaft fordert. Wobei Rita Süssmuths „Fortschrittlichkeit" im wesentlichen darin besteht, daß sie erstens diese Art von Beschäftigungsverhältnissen für **beide** Geschlechter fordert und sie zweitens als Chance für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau feiert.

Zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mag Rita Süssmuth nicht Farbe bekennen. Sie zieht es vor, in einem Artikel von 1985 (!), in dem sie sich mit der Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auseinandersetzt, mit einer Umfrage aus dem Jahr 1980 (!) zu argumentieren. So, als hätte es das Jahr 1984 nie gegeben! Immerhin wird aus dem Artikel aber deutlich, daß für Rita Süssmuth eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit nur bei Minderung des Einkommens in Frage kommt.

Familiensolidarität

Rita Süssmuth ist sich mit Norbert Blüm und vielen anderen einig über die zentrale Bedeutung, die Familie und Familienpolitik angesichts von Massenarbeitslosigkeit, staatlicher Sparpolitik und beabsichtigten Einschnitten in die sozialen Versicherungssysteme haben. Auch in der Einschätzung, daß die Familie, so wie sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik entwickelt hat, nicht gerade optimal geeignet ist, alles das zu leisten, was sie nach Ansicht der Regierung leisten soll, dürften sich „Traditionalisten" und „Moderne" in den Unionsparteien nicht unterscheiden. Rita Süssmuth dazu: *„Die Krise der Erwerbsarbeit und der öffentlichen Finanzen trifft strukturell gesehen auf eine eher labile als stabile Familie."* (S. 141)

Im Gegensatz zu Norbert Blüm glaubt Rita Süssmuth aber nicht an die Selbstregulierungskräfte der Familie und vor allem nicht daran, daß die Familie althergebrachten Stils, so wie sie Norbert Blüm in seinen Thesen „Über die sanfte Gewalt der Familie" beschrieben hat, wieder zum Leben erweckt werden kann. Nach Ansicht Rita Süssmuths stellen sich zwei zentrale Fragen in der Familienpolitik: *„Wird es ihr gelingen, ohne Rückgriff auf nicht mehr gelebte Familienmodelle dem Wandel der Familie Rechnung zu tragen und tragfähige Fundamente für die Zukunft zu legen? Und zweitens ist zu fragen, ob es der Familienpolitik gelingt, eine weitere zeitliche Verzögerung der längst fälligen Korrekturen zu vermeiden."* (S. 154)

Gründe für den Wandel der Familie sieht Rita Süssmuth u.a. in dem durch den Ausbau des sogenannten sozialen Netzes in den 70er Jahren geringer gewordenen *„materiellen Bindungszwangs"*, in einem allgemein veränderten Bindungsverhalten, das nicht zuletzt auf die wachsenden Anforderungen der Wirtschaft nach mehr Mobilität und Flexibilität zurückzuführen ist und — in sehr starkem Maße — in der veränderten Rolle der Frauen, die sich mehrheitlich dagegen wehren, vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt zu werden.

Weil dies sehr tiefgehende Veränderungen sind, hält Rita Süssmuth bloße Appelle, mehr Familiensinn zu entfalten, für verfehlt. Sie meint: *„Ohne eine ideelle und materielle Aufwertung der in der Familie erbrachten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leistungen kann es nicht gelingen, diesen Lebensbereich als zentralen Tätigkeitsbereich für den Menschen zu verankern."* (S. 119) Und: *„Ohne gezielte Förderung werden sich Erwartungen an Familie — sei es in bezug auf Selbsthilfe und Familiensolidarität, sei es in bezug auf die Zahl der Kinder oder die Sorge für pflegebedürftige und alte Menschen — als Wunschdenken erweisen."* (S. 152)

Das bedeutet für sie erstens: Familie darf nicht länger immer nur in einem Atemzug mit Frauen genannt werden. Es muß für ein partnerschaftliches Familienmodell geworben werden.

Das bedeutet zweitens: Es muß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann **und** Frau propagiert und möglich gemacht werden. Stichwort: familiengerechte, flexible Arbeitsbedingungen. Die Rede ist aber auch von besseren Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen in den Beruf und notwendigen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Das bedeutet drittens: Der Staat muß die Familie im allgemeinen (Stichwort: Familienlastenausgleich) und familiäre Solidaritätsleistungen, die heute nicht mehr selbstverständlich sind, im Speziellen finanziell belohnen (Stichwort: Zuschuß, wenn die Eltern in die eigene Wohnung aufgenommen werden.)

Einen ganz entscheidenden Schritt in die richtige Richtung sieht Rita Süssmuth mit der Verabschiedung des Bundeserziehungsgeldgesetzes verwirklicht. Obwohl dieses Gesetz gerade die Schein-Wahlfreiheit für Frauen festschreibt, die sie selbst in ihrem Buch kritisiert; obwohl nach diesem Gesetz Erziehungsgeld eben nicht als „Ausgleich für entgangenen Lohn" — eine Forderung von Rita Süssmuth aus dem Jahre 1983 — gezahlt wird. Obwohl dieses Gesetz das Kündigungsverbot aus dem Mutterschaftsurlaubsgesetz durch einen Kündigungsschutz ersetzt hat, der die Belange der Unternehmer über die Belange der Frauen setzt. Obwohl dieses Gesetz also, unterm Strich bertrachtet, gerade nicht im Sinne derjenigen Fauen ist, die Berufstätigkeit und Familie vereinbaren wollen.

Auf sehr vieles, was in Rita Süssmuths Buch angesprochen ist, z.B. ihre Vorstellungen über die Ehe, ehrenamtliche Tätigkeit, ihre sehr widersprüchliche Haltung zu Kindertagesstätten, ihre Meinung zu Frauenförderplänen und der Arbeitslosigkeit junger Frauen usw. konnte in diesem Artikel nicht eingegangen werden. Vielleicht ist das demnächst noch einmal möglich. Auf jeden Fall sollten sich aber alle, die in der Frauenbewegung engagiert sind, mit diesem Buch auseinandersetzen.

Rita Süssmuth, Frauen — der Resignation keine Chance, Schwann Düsseldorf 1985

„Kann man gegen die Abschaffung der Sklaverei sein, weil die Sklaven vielleicht arbeitslos werden?"

Aus einem Gespräch mit Vertretern des PAC über die Lage in Azania (Südafrika), Wirtschaftsboykott, Bundesregierung

von HELMUT WEISS

Am Sonntag, den 16. Februar, fand in Dortmund ein Pressegespräch der Delegation des Pan Africanist Congress of Azania mit den Vertretern der Presse der Organisationen der „Gemeinsamen Vollversammlung", die diese Rundreise organisiert hatten, statt. Für den PAC sprachen auf dieser Versammlung Johnson Mlambo, Vorsitzender des PAC und Gora Ebrahim, UNO-Vertreter des PAC. Wir bringen im folgenden Fragen und Antworten zu aktuellen Problemen im südafrikanischen Freiheitskampf.

„Wenn heute in der BRD über die Lage in Südafrika berichtet wird, dann wird es oft so dargestellt, als ob vor allem — und fast nur — die USA für die Stützung des Regimes verantwortlich seien. Wie sieht dieses Verhältnis aus zwischen dem Einfluß der USA und dem westeuropäischer Staaten, speziell natürlich der BRD?

Johnson Mlambo: Es war das britische Unterhaus, das 1909 das „Südafrika-Gesetz" beschlossen hat, dieses Gesetz legte die Macht in die Hände der weißen Siedler, es einte burische und britische Siedler und es bestimmte die Grundzüge der Entwicklung bis heute; und ebenfalls bis heute ist Großbritannien der größte Investor ausländischen Kapitals, obwohl die USA und andere westeuropäische Staaten, dabei speziell die BRD, ihre Investitionen ebenfalls beträchtlich gesteigert haben. Und natürlich auf allen Ebenen das Regime unterstützen: Es sind Hubschrauber aus der BRD, die die Polizei einsetzt, um Demonstranten zur späteren Identifizierung mit Farbe zu besprühen — das nur als ein Beispiel.

Gora Ebrahim: Es gibt auch Widersprüche zwischen diesen Staa ten, das Scheitern der Namibia-Kontaktgruppe — auf Betreiben der USA — zeigt dies, die Entscheidung wurde ihnen von den anderen überlassen, sie sagen jetzt, soll der Cowboy auch die Schuld tragen.

Aber im wesentlichen sind sie sich einig: Daß sie jetzt alle meinen, „Apartheid ist schlecht", daß sie immer meinen, bewaffneter Kampf ist schlecht und deswegen auch die wachsende Unterstützung für Figuten wie Gathsa Buthelezi. Aber man muß schon hervorheben, daß die USA die einzige Regierung haben, die eine ausgeprägte, öffentlich formulierte Politik für Südafrika haben, das sogenannte constructive engagement, was wir als konstruktive Ermutigung für die Rassisten bezeichnen würden. Das bekannteste Bespiel dafür ist die Unterstützung des Terrors gegen Nachbarstaaten, wie unter anderem das erpresserische Abkommen mit Moçambique, das ja von diesem nur zwangsweise unterzeichnet wurde: auch dies wird von Westeuropa unterstützt. Ihr Hauptproblem ist nun, daß dieser Staat, der eine regionale Vormacht darstellen soll im Inneren instabil ist. Deshalb drängen sie auf schnelle Reformen, aber die Apartheid ist nicht reformierbar. Und das Volk will auch keine Reformen, sondern ein anderes System, die Täuschungsversuche scheiterten am entwickelten politischen Bewußtsein — man kann ausdrücklich sagen, daß die Ankündigung der Reformen, die Kämpfe direkt vorangetrieben hat, sie entwickelt hat.

Was sind denn nun die Gründe dafür, daß Buthelezi aufgebaut wird? So muß man es ja nennen, wie er jetzt in Bonn herumgereicht wird, von Kohl und Weizsäcker empfangen wird?

Gora Ebrahim: Es ist die weltweit immer stärker werdende Forderung nach Wirtschaftssanktionen — dagegen werden Gründe gesucht. Dazu soll es eine Gegenkampagne geben, die von den westeuropäischen Regierungen vorgetragen wird — vor allem von Bonn.

Vor allem von Bonn, das meine ich ausdrücklich. Denn selbst Reagan und Thatcher mußten in ihren Ländern bereits gewissen Formen, wenn auch begrenzten, formalen, des Wirtschaftsboykotts zustimmen. Wichtig ist, daß sie nun zunächst einmal nicht mehr das Prinzip „Keine Sanktionen" vertreten können. Die USA haben Restriktionen bezüglich des Krügerrand und der Lieferung von Computerteilen verhängt. Thatcher mußte auf der Commonwealth-Konferenz auf den Bahamas die Resolution mit unterzeichnen, daß, wenn sich nichts ändert, ab März verschiedene Sanktionen in Kraft treten. Es bleibt einzig und allein die Kohl-Regierung, die das Prinzip „Um keinen Preis Sanktionen" politisch vertritt, deshalb kommt Buthelezi, der auch gegen Sanktionen ist, nach Bonn.

Buthelezi ist gegen alles: Er ist gegen Apartheid, aber auch gegen den Befreiungskampf, erst recht gegen den bewaffneten Kampf, er ist eben auch gegen Sanktionen. Noch nicht einmal das Nobelpreiskomitee nahm seinen „gewaltlosen Kampf" ernst — er war von interessierten Kreisen für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden, niemand war dafür.

Er sagt, auch er sei gegen Bantustans. Nun ist Kwazulu bereits ein Bantustan, auch wenn es nicht so genannt wird, und er führt es seit langem, und er ist, das möchte ich hinzufügen, der reaktionärste aller Bantustan-Führer.

Seine ideologische Basis ist der Tribalismus, die ethnische Spaltung der Schwarzen, da ist er der aktivste Politiker überhaupt. Aber: Er ist nicht der Feind, das möchte ich unterstreichen, der Feind ist das Regime. Und das würde von Sanktionen schwer getroffen. In der UNO habe ich Vernon Walters, den USA-Vertreter gefragt: Können Sie gegen die Aufhebung der Sklaverei sein, nur weil die Sklaven vielleicht arbeitslos werden könnten? Er wußte keine Antwort.

Wenn gerade der Tribalismus, die Spaltung in Stämme, angesprochen wird: In der hiesigen Presse wird darüber sehr ausführlich berichtet, manchmal soll es so erscheinen, als wäre das der hauptsächliche Widerspruch. Welche Bedeutung haben denn nun heute diese Auseinandersetzungen?

Johnson Mlambo: Zuerst — es gibt sie. Und dies ist ein wichtiger Erfolg für das Regime, es kommt ihm sehr entgegen. Es wird angeheizt. Und grundsätzlich: Apartheid heißt immer auch Stammesspaltung. Territorial und wirtschaftlich wurde dies von jeher betrieben. Aber die wirtschaftliche Entwicklung hatte diese Spaltung bereits weitgehend unterminiert. In den alten Townships lebten längst alle miteinander. Aber den 50er Jahren haben sie dann begonnen, Townships nach Stämmen getrennt zu organisieren.

So sind solche Konflikte heute direktes Ergebnis der Politik des Regimes. Die Mehrheit ist überhaupt gegen Homelands, aber es gibt dann Auseinandersetzungen darüber, ob eine Stadt dem einen oder anderen Homeland zugeschlagen wird, wie es jetzt im Nordtransvaal war. Mautse war zunächst Teil des Homelands von Leboa und wurde ab dem 1.1.86 dem Homeland Kwandebele zugeschlagen, das säte erneut Widersprüche — das ist die Frucht der Politik der Rassisten.

Wie ist es — neben der Stammesfrage — denn mit den Zusammenstößen zwischen verschiedenen Organisationen, wie entwickelt sich die Zusammenarbeit im gemeinsamen Kampf?

Johnson Mlambo: Wir kämpfen gegen das Regime — alle. Dabei kann es und gibt es Differenzen darüber, wie dieser Kampf geführt werden soll, aber das kann und darf keine wesentliche Rolle spielen, und diese Auffassung setzt sich allmählich durch.

Es gibt selbstverständlich auch unglückliche Konflikte, und es gibt sehr oft, und darüber gibt es gemeinsame Untersuchungsausschüsse, vom Regime und von Geheimagenten geschürte Widersprüche — erst kürzlich wurde ein solcher Fall von großer Tragweite aufgedeckt.

Und sicherlich muß man sagen, es gibt auch Konjunkturen in den Beziehungen zwischen den Organisationen, die abhängig sind von der Entwicklung, aber auch von regionalen Begebenheiten. Wirklich schwierig wird es nur dort, wo eine Organisation ihren Alleinvertretungsanspruch um jeden Preis durchsetzen will, da wird es wirklich schwierig.

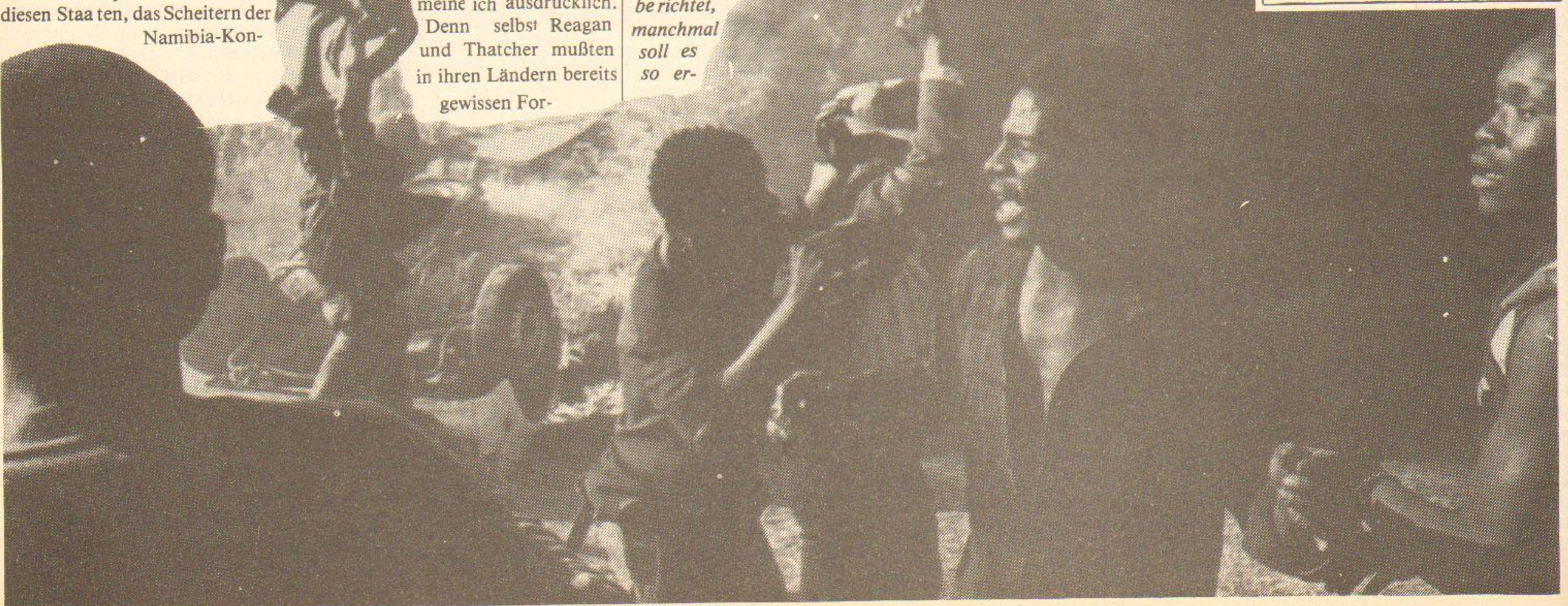
In diesem Zusammenhang muß ich auch sagen, daß die Frage der Kollaborateure eine komplizierte Frage ist. Ich habe in meiner Neujahrsansprache das Volk dazu aufgerufen, gegen den wirklichen Feind zu kämpfen, gegen das Regime, dann werden die Kollaborateure wie Blätter vom Baum des Systems fallen, aber es darf keine falschen Schwerpunkte geben.

Erfolgreiche PAC-Rundreise

Eine positive Bilanz kann man nach Ende der Rundreise der Delegation des Pan Africanist Congress durch die BRD ziehen: Die Veranstaltungen mit dem Vorsitzenden des PAC, Genossen Johnson Mlambo, und dem UNO-Vertreter des PAC, Genossen Gora Ibrahim, wurden von rund 1600 Menschen besucht.

Das Spendenziel von 20000 DM ist erreicht worden. Während der Veranstaltungen kamen rund 17000 DM zusammen. Mit den Einzelspenden auf das Solidaritätskonto konnte die Sammlung erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Delegation des PAC konnte während ihres Aufenthaltes in der BRD neben den Veranstaltungen und Diskussion noch einige wichtige Gespräche wahrnehmen. Sie sprach unter anderem mit Vertretern der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), der Anti-Apartheidsbewegung (AAB) und den Vertretern der Bundestagsfraktion von SPD und GRÜNEN. Bei diesen Terminen bat die Delegation ihre Gesprächspartner, sich vor allem gegen sechs Todesurteile stark zu machen, die in Azania das Leben schwarzer Freiheitskämpfer bedrohen.



Im Gerichtssaal findet die Vergewaltigung zum zweiten Mal statt

Überlegungen zum „Berliner Gynäkologenprozeß"

von MONIKA G.

Alle fünf Minuten wird in der Bundesrepublik eine Frau vergewaltigt. Nur in Ausnahmefällen sind Frauen Opfer eines sogenannten Triebtäters. In den meisten Fällen gehört der Täter zum Bekannten- oder Kollegenkreis der vergewaltigten Frau. Das beweist: Vergewaltigung geschieht nicht außerhalb der Normen dieser Gesellschaft. Vergewaltigung ist nur die Spitze des Eisbergs der alltäglichen Gewalt gegen Frauen und der alltäglichen Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen. Dazu gehört, daß Vergewaltigung in der Ehe nach wie vor nicht strafbar ist. Nur in den seltensten Fällen — ca. 1 Prozent — erstatten vergewaltigte Frauen Anzeige. Noch seltener kommt es zum Prozeß. Warum das so ist, und was Frauen in solchen Prozessen durchmachen müssen, schildert der folgende Artikel.

Am 5.2.1986 wurde die 2. Runde des sogenannten „Berliner Gynäkologenprozesses" vor der 12. Kammer des Berliner Landgerichts eröffnet. Zwei Gynäkologen der Berliner Universitätsklinik, Dr. Christoph Stadler und Dr. Wolfgang Hardt, waren im September '84 von der 22. Kammer des Berliner Landgerichts wegen Vergewaltigung, sexueller Nötigung und gefährlicher Körperverletzung einer Kollegin zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt worden. Nach dreimonatiger Gerichtsverhandlung gab der Bundesgerichtshof dem Revisionsantrag der Verteidigung im Juli 1985 statt. Es wird also erneut verhandelt.

Zur Vorgeschichte: In der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1984 seien die beiden Ärzte mit einer Flasche Wein zu der Anästhesistin aufs Zimmer gekommen, um mit ihr während des Bereitschaftsdienstes fernzusehen. Gleich nach dem Eintritt in das Wachzimmer sollen sie ihr die Kleider vom Körper gerissen und sie wie einen Ping-Pong-Ball hin und her geschubst haben, wobei sich die Ärztin starke Kopfverletzungen zuzog. Trotz massiver Gegenwehr und Hilferufen gelang es den beiden Männern, die Ärztin aufs Bett zu zwingen und sie, während jeweils einer der beiden die Frau festhielt, zu sexuellen Handlungen zu nötigen.

Als die Narkoseärztin um Mitternacht zu einer Operation abgerufen wurde, konnte sie endlich das Zimmer verlassen. Nach dem Einsatz kehrte sie in ihr Dienstzimmer zurück und war überrascht, die Ärzte immer noch dort vorzufinden. Wieder griffen die Kollegen sie an. Während einer sie so festhielt, daß sie sich nicht wehren konnte, vergewaltigte Dr. Stadler sie.

Die ganze Zeit über wehrte sich die Ärztin nicht nur körperlich, sondern versuchte auch, mit den Männern zu reden und ihnen zu drohen. Sie gingen aber nicht darauf ein.

Nach langen Überlegungen und Beratschlagungen mit ihrer Anwältin erstattete die Anästhesistin zwei Wochen später Anzeige gegen die beiden Ärzte. Wegen angedrohter beruflicher Nachteile, sprich: der Vizepräsident der Freien Universität stellte einen Antrag, ihren in Kürze ablaufenden Ausbildungsvertrag nicht zu verlängern, zog sie die Anzeige zurück.

Da es sich bei Sexualstrafdelikten (§§ 177-178 StGB) aber um Offizialdelikte handelt, d.h. es besteht ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung, muß die Staatsanwaltschaft, wenn sie von einer strafbaren Handlung in Kenntnis gesetzt wird, das Ermittlungsverfahren einleiten und anschließend die Eröffnung der Hauptverhandlung beantragen.

Somit hatte es gar keine Konsequenz, daß die Anästhesistin ihre Anzeige zurückzog, die Staatsanwaltschaft mußte ohnehin tätig werden. Sie ließ die beiden Gynäkologen verhaften, die dann aber sofort durch eine Kaution vom Klinikchef Dr. Kindermann wieder freigekauft wurden. Erst drei Monate nach der Tat wurden sie offiziell vom Dienst suspendiert, vorher, so hieß es, seien sie im Urlaub. Dr. Kindermann bangte um den „guten Ruf" der Klinik. Entsprechend wurde die Anästhesistin der Verleumdung und Nestbeschmutzung beschuldigt. Ihr wurde es schon im Januar verboten, weiterhin Nachtdienst zu verrichten ten, und sie ist „mit eigenem Einverständnis" in einen anderen Arbeitsbereich versetzt worden.

Die beiden Gynäkologen schildern den Tathergang in der besagten Nacht natürlich etwas anders. Sie behaupten, daß es während des Fernsehens zu „gegenseitigen Berührungen mit sexuellem Charakter" gekommen sei. Dr. Hardt habe der Ärztin dann „aus Spaß und ohne Gewalt" den Kittel zerrissen. Die Ärztin habe sich wider Erwarten nicht dagegen gewehrt, sondern „sich nacheinander den beiden Ärzten zugewandt." Der anschließende sexuelle Kontakt sei in völliger Harmonie, ohne Gewalt und sogar mit Zärtlichkeiten abgelaufen.

Somit stand im Berliner Gynäkologenprozeß Aussage gegen Aussage. Die Rechtsanwälte der beiden Ärzte bedienten sich sehr billiger Methoden, um die „Wahrheit zu finden". Sie stocherten im Intimleben der Anästhesistin herum und versuchten sie als eine „leichtlebige und sexuell leicht zu stimulierende Frau" darzustellen. Als Beweise dafür führten sie die Anzahl ihrer früheren Beziehungen und ihr selbstbewußtes Auftreten in der Klinik an.

Unterstützt wurde dies durch die einseitige Parteinahme des Klinikchefs, dem es nur um den guten Ruf der Klinik ging und nicht um die rechtliche Aufklärung und Bestrafung der Täter. Beschimpfungen der Ärzte, die ihre Kollegin als Hure bezeichneten oder der Aussage einer Zeugin, die behauptete, daß die Ärztin sie während des Dienstes sexuell berührt hätte, wurde zunächst große Bedeutung beigemessen. Die Zeugenaussage stellte sich dann aber als unwahr heraus. Sie war erkauft worden.

Die Art von „Beweisführung" wird in vielen Vergewaltigungsprozessen angewandt. Sie soll zeigen, daß die Frau in der Vergangenheit oft zu sexuellen Handlungen bereit war. Daraus, so die Absicht, könne der Täter schließen, daß sie es in seinem Fall auch gewesen wäre. Nur wenn sich die Frau massiv gegen die Angriffe des Täters wehrt, und dieser Widerstand für den Täter deutlich wird, liegt überhaupt ein Straftatbestand vor. Im Gynäkologenprozeß hatte die Anästhesistin „Glück", daß eine Kollegin im Nebenzimmer „Kampfgeräusche" hörte, diese aber nicht ernst nahm, weil sie die Stimmen der beiden Ärzte hörte und deshalb glaubte, es würde gefeiert.

Diese rechtliche Situation ist für Frauen sehr problematisch. Einerseits haben viele Frauen Angst vor noch aggressiverem Verhalten des Täters, wenn sie die geforderte Gegenwehr zeigen. Anderseits müssen sie aber auch im Kopf haben, daß im Falle einer unzureichenden Gegenwehr (keine einfache Körperverletzung, sondern schwerwiegende und nachweisbare Körperverletzungen, Horn, Systematischer Kommentar zum StGB) als unglaubwürdig vor Gericht dargestellt wird.

Diesen „objektiven und subjektiven Tatbestand" muß die Frau vor Gericht beweisen, was ihr allerdings durch die herrschenden Auffassungen von weiblicher Sexualität zusätzlich erschwert wird. (Vgl. L. Harkel, Spiele der Liebe: „Jede sexuelle Begegnung muß zu einer regelrechten Schlacht werden zwischen Ihrer Sicherheit und der Unsicherheit Ihrer Partnerin." „... aber ein bißchen Gewalt dürfen sie schon anwenden.") Auch von den Gerichten wird in vielen Fällen „ein bißchen Gewalt" akzeptiert.

In § 178 Abs. 2 StGB ist noch die Rede von „minder schweren Fällen" von Vergewaltigung. Darunter versteht die Rechtssprechung die Gewaltanwendung gegenüber Prostituierten oder aber Fälle, in denen die Frau zunächst damit einverstanden ist, Zärtlichkeiten auszutauschen. In bestimmten Situationen wird das oft so ausgelegt, daß die Frau den Mann so „gereizt" hätte und er damit ihr Einverständnis hätte voraussetzen können. Für ihn müßte es unverständlich sein, wenn die Frau von einem bestimmten Punkt an „abweisend" wird.

Hinzu kommt noch die Ansicht (A. Schapira), daß der Mann sich in gewissen Situationen nicht mehr „zurückhalten" könne. Was aus dieser Auffassung folgt, ist klar: Der auslösende Faktor für eine sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung ist die Frau, die den Mann durch ihr Verhalten in eine Situation bringt, in der er nicht mehr „an sich halten" kann. Demnach wäre die Frau die Schuldige. Folglich wäre es Sache der Frau, sich bei allen ihren Verhaltensweisen — Kleidung, Umgangsformen mit Männern usw. — zu überlegen, welche Wirkung das auf die Männer hat.

Im Gynökologenprozeß lag der Hauptschwerpunkt der Verteidigung der beiden Ärzte auf dem angeblich provozierenden und aufreizenden Verhalten der Ärztin.

Im § 184C Abs. 1 StGB wird dargelegt, daß sexuelle Handlungen nur solche sind, die im Hinblick auf das jeweils geschützte Rechtsgut von einiger Erheblichkeit sind. Unter dem Beriff „geschütztes Rechtsgut" ist die sexuelle Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen zu verstehen. Ich frage mich, in welchem Maße dieser Paragraph in einem Vergewaltigungsprozeß eine Rolle spielt, wenn die Frau nach ihren früheren Beziehungen, nach ihrem aufzreizenden Gang beurteilt und dann noch als „leichtes Mädchen" oder „Hure" beschimpft wird. Bei derartigen Äußerungen und Beweisführungen wird für mich klar, daß die Frau in dieser Gesellschaft keine sexuelle Freiheit hat und auch nicht besitzen darf.

Diese Tatsache wird dadurch unterstrichen, daß die Frau in einem Vergewaltigungsprozeß beweisen muß, daß sie sich genügend gewehrt hat, um den Täter verstehen zu lassen, daß sie zu keinen sexuellen Handlungen bereit ist. Somit werden die Rollen des Opfers und des Täters vertauscht. Das Opfer muß beweisen, daß es Opfer ist und nicht umgekehrt.

Wenn die Vergewaltigte sich keine Anwältin oder keinen Anwalt genommen und keinen Antrag auf Nebenklage gestellt hat, tritt sie als Zeugin in diesem Prozeß auf. D.h. zunächst einmal, daß sie erst etwas sagen darf und auf den Prozeß einwirken kann, wenn sie im Zeugenstand ist. D.h. aber auch, daß sie alle Fragen über sich ergehen lassen muß. Ich denke, daß es eine sehr große psychische Belastung ist, den ganzen Fall noch einmal detailliert darzustellen, wenn der Täter zugegen ist. Für viele Frauen ist es wie ein Trauma, wie eine erneute Erniedrigung, wenn sie die Vergewaltigung sozusagen zum zweiten Mal erleben.

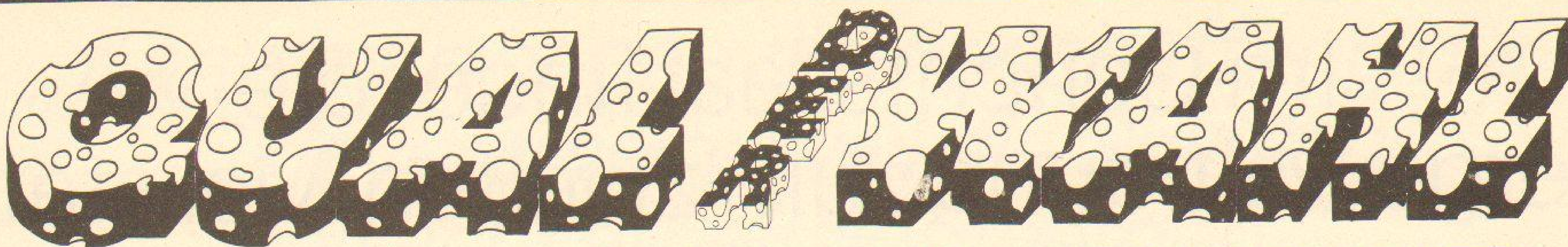
Außerdem muß die Frau auch viele Fragen über ihr Intimleben über sich ergehen lassen. Erst wenn sie in diesem Verfahren als Nebenklägerin auftritt und von einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt vertreten wird, kann diese(r) die Fragen zurückweisen, die eigentlich nicht zur Aufklärung des Tatgeschehens dazu gehören.

Als Nebenklägerin hat die Vergewaltigte mehr Möglichkeiten auf den Prozeß einzuwirken. Sie hat ein Recht auf Anhörung, kann Beweisanträge stellen und Fragen an Zeugen und Angeklagte richten. Die Nebenklage schützt allerdings nicht vor Beleidigungen und ungerechter Behandlung, wie der Berliner Prozeß zeigt.

Die Strafgesetzgebung und die Behandlung der Frau in einem Vergewaltigungsprozeß lassen leicht Schlüsse über die Stellung der Frau in diesem gesellschaftlichen und rechtlichen System zu. Die Vergewaltigte muß diffamierende Fragen und Beleidigungen über sich ergehen lassen, sie wird behandelt wie eine Angeklagte. Die Frau unterliegt den männlichen Herrschaftsverhältnissen. Die Vergewaltigung ist eine logische Konsequenz dieser Machtstruktur. Der Mann nimmt sich das Recht, die Frau zu etwas zu zwingen, was sie nicht möchte, betrachtet die Frau im Moment der Vergewaltigung als Spielzeug, als ihm dienendes Objekt, um seine Bedürfnisse zu befriedigen.

In dieser Gesellschaft und dem dazugehörigen rechtlichen System muß anerkannt werden, daß die Frau genau wie der Mann ein freier Mensch ist, eine selbstbestimmte Sexualität hat und geachtet werden muß!





Der 6. Parteitag unserer Partei nahm mit 43 Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen einen Antrag der Mitgliederversammlung Weser-Ems („Hauptstadt“ Bremen) an, der eine Kandidatur der Partei, auch im Rahmen eines „revolutionären Bündnisses“, für die Bundestagswahl 1987 ablehnte. Der Parteitag beschloß aber, daß die endgültige Entscheidung in dieser Frage durch eine Urabstimmung der Parteimitglieder entschieden werden soll. Bei dieser Urabstimmung bleibt die Entscheidung des Parteitages gegen eine Kandidatur als Empfehlung bestehen. Für eine Kandidatur ist laut Parteitagsbeschluß eine 2/3-Mehrheit der Parteimitglieder in dieser Urabstimmung erforderlich. Diese Urabstimmung wird auf Beschluß des Zentralkomitees Ende März stattfinden. Aus diesem Grund veröffentlichen wir auf den folgenden zwei Seiten Stellungnahmen pro und contra eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen. In zwei Stellungnahmen, die der Mitgliederversammlung in Bremen vorlagen, wird die Ablehnung einer Wahlbeteiligung unterschiedlich begründet.
In einer dritten Stellungnahme begründet Horst-Dieter Koch, warum er für eine Kandidatur der Partei im Rahmen eines Wahlbündnisses revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten eintritt.
Den Delegierten des Parteitags lag eine Stellungnahme des Leitenden Gremiums des Kommunistischen Bundes vor, in der der Parteitag aufgefordert wurde, sich gegen eine Kandidatur eines revolutionär-sozialistischen Wahlbündnisses auszusprechen. Eigentlich war geplant, diese KB-Stellungnahme ebenfalls in dieser Ausgabe abzudrucken. Dies ist uns aus Platzgründen aber leider nicht möglich. Wir weisen darauf hin, daß Kopien der KB-Stellungnahme bei allen Parteitagsdelegierten zu haben sein müßten, daß weitere Kopien bei der RM-Redaktion angefordert werden können, daß die KB-Stellungnahme auch im letzten Arbeiterkampf abgedruckt war.

Gegen eine Kandidatur

Bremer Position 1

Als Lenin seinerzeit die englischen Kommunisten aufforderte, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen, ermahnte er sie damit, der revolutionären Propaganda eine revolutionäre Politik an die Seite zu stellen, denn aufgrund des englischen Mehrheitswahlrechts war es klar, daß sie dann, wenn sie kandidierten, auch im Unterhaus vertreten sein würden. Eine Parlamentsfraktion hätte aber den Handlungsspielraum der englischen Kommunisten wesentlich erweitert. Lenin erinnerte die Engländer daran, daß man als Kommunist, der das parlamentarische System ablehnt, trotzdem alle Mittel und Möglichkeiten, die dieses System einem bietet, zur Revolution nutzt.

Es wäre dagegen eine Verfälschung und Dogmatisierung, unter Berufung auf Lenin zu behaupten, Kommunisten hätten überall und immer, quasi automatisch und unabhängig von den Bedingungen, unter denen in den einzelnen Ländern Wahlen stattfinden, stets selbst zu kandidieren. Lenins Äußerungen entbinden uns nicht davon, für jede Epoche und jede Wahlsituation neu **die** Form der Beteiligung herauszufinden, die uns die größten politischen Wirkungsmöglichkeiten eröffnet. Welche politischen Ziele können wir nun mit einer Wahlbeteiligung 1987 in Verbindung bringen?
1. Aufstellung einer kommunistischen Parlamentsfraktion
2. Sturz der Wende-Regierung
3. Werbung für die eigene Sache
Sehen wir uns jedes dieser wünschbaren Ziele auf ihre Verwirklichbarkeit hin an:

Einfach ist es bei Punkt 1: Aufgrund unserer fehlenden Massenbasis und des Wahlgesetzes (5-Prozent-Klausel) werden wir auch im breitest denkbaren revolutionären Bündnis keinen Kandidaten in den Bundestag bringen. Dieser Situation werden wir voraussichtlich noch eine Reihe von Jahren ins Auge sehen müssen. Es ist darum eine Überlegung wert, wie unter den gegebenen ungünstigen Umständen trotzdem fortschrittliche Ideen und Forderungen im Parlament zur Sprache kommen können. Denken wir an dieser Stelle weiter, oder hören wir mit Denken auf, weil Bartelheimer und Co. den „Entrismus“ für sich gepachtet haben? ...

2. Einen Sturz der Wenderegierung wird es nur geben, wenn SPD und Grüne die Mehrheit der Sitze auf sich vereinigen, und das wird dann wesentlich leichter eintreten, wenn es gelingt, die FDP unter die 5 Prozent zu drücken. Unser Eingreifen muß also darauf gerichtet sein, einen scharfen Kampf gegen die Regierungskoalition und hier besonders die FDP zu führen und eine Wahlempfehlung zugunsten der SPD und/oder der Grünen auszusprechen. Eine Eigenkandidatur schadet in diesem Punkt unseren eigenen Zielen. Außerdem machen wir uns unglaubwürdig, wenn wir einerseits die Forderung nach Sturz der Wenderegierung erheben, bei der konkreten Abstimmung den Leuten aber empfehlen, uns zu wählen, d.h. ihre Stimme wegzuwerfen. Dies werden uns die Kollegen übelnehmen. Sie werden wie früher wütend fragen, ob wir sie verarschen wollen, oder ob wir uns nicht schämen, einer möglichen rot-grünen Mehrheit die Stimmen zu stehlen. „Dann empfehlt uns doch lieber gleich den Wahlboykott“ höre ich sie sagen.

3. Damit ist auch die Frage der Werbung für unsere Sache eigentlich schon beantwortet: Wir können noch so gute Argumente bringen, noch so witzige Blind-Zeitungen verteilen, eines wird die Kollegen überzeugen, daß wir noch immer die Spinner und Abenteurer sind, für die sie uns seit eh und je gehalten haben: Wenn unsere Forderungen und unser politisches Handeln im Widerspruch stehen. Und genau das wäre bei einer Kandidatur der Fall.

Es ist an dieser Stelle notwendig, noch auf zwei Argumente der Wahlkampfbefürworter einzugehen, die das Zusammengehen mit der GIM betreffen:

1. „Die gemeinsame politische Praxis während des Wahlkampfes schweiße die GIM- und KPD-Genossen zusammen“. Hierzu ist zu sagen, daß es schwer ist, Spekulationen zu widerlegen, daß aber die Erfahrungen, die wir mit dem BWK im Rahmen „revolutionärer Wahlbündnisse“ gemacht haben, eher den gegenteiligen Schluß nahelegen. Die gemeinsamen Wahlaktivitäten haben die zwischen uns und dem BWK eingetretene Entfremdung nicht verhindern können.

2. „Eine Wahlkandidatur könne zu einem ‚Sprung nach vorn‘ in der Massenverankerung der revolutionären Sozialisten werden“. Dies scheint ja die derzeitige Mehrheitsvorstellung bei der GIM zu sein. Aber auch dadurch, daß viele an sie glauben, wird sie nicht wahrer oder wahrscheinlicher. Schon einmal wollten wir in einem großangelegten Wahlkampf einen spektakulären Sprung nach vorn tun. Es ging damals um das Volksfront-Projekt und endete mit einer Bauchlandung. Es muß ja nicht sein, daß wir diese Erfahrung nochmal machen; das wäre nur noch lächerlich, so wie das „Duell der Kellerkinder“, der „Wettlauf“ mit der MLPD nur lächerlich wäre. Darum, liebe GIM-Genossen, lassen wir die großen Projekte und die großen Sprünge. Machen wir redlich und zielstrebig da unsere Politik, wo sie zwar mühsam aber stetig ihre Früchte bringt, an der Basis!

Im Laufe der Diskussion auf der MV wurden weitere wichtige Argumente genannt: Gerade in der jetzigen Phase der Parteientwicklung kommt es darauf an, in allen unseren Aktivitäten deutlich zu machen, daß es uns entscheidend auf die Eigenaktivität der Massen ankommt und wir alles daran setzen, das selbstbewußte politische Handeln der Menschen zu fördern. Möglicherweise kann es vor einem anderen politischen Hintergrund gelingen, den Widerspruch, der zwischen diesem Anspruch und einer Wahlkandidatur klafft, zu erläutern. In der momentanen Lage würden das Stellvertreterdenken und die Vorhutpartei so stark hervortreten, daß wir das, was wir eigentlich erstreben, nicht mehr vermitteln könnten.

Es ist auch notwendig, sehr genau darauf zu achten, wie eine Kandidatur in den Kreisen der neuen sozialen Bewegungen, der demokratischen und antifaschistischen Bewegung aufgenommen würde. Dies nicht aus Opportunismus, sondern weil wir darauf angewiesen sind, sofern wir uns außerhalb des gewerkschaftsoppositionellen Spektrums bewegen, mit den dort tätigen Menschen gemeinsam Politik zu entwickeln. Es liegen eine Menge Erfahrungen darüber vor, daß Kandidaturen von der Art, wie sie jetzt wieder zur Debatte steht, dort meist auf Unverständnis und Ablehnung stoßen, da sie in die sensiblen Politikzusammenhänge in diesen Bereichen äußerst störend hineinwirken. Die Partei würde im Fall einer Kandidatur im Rahmen eines linksradikalen Bündnisses sicher viel von dem Ansehen einbüßen, das sie durch ihr undogmatisches Auftreten dort gewonnen hat.

Bremer Position 2

Mit den in den Thesen zum Parteitag ausgedrückten wesentlichen Schlußfolgerungen aus der politischen Lage stimmen wir überein, insbesondere mit der Feststellung: „Ausschlaggebend wird sein, ob die Arbeiterbewegung durch den Kampf für die Verteidigung des Streikrechts und durch den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum die gesellschaftliche Diskussion bestimmenden Faktor wird ...“ Wir unterstützen auch die Stoßrichtung im Artikel „Bundestagswahl 1987“, in dem es heißt: „Politisch muß es für uns als revolutionäre Sozialisten darum gehen, innerhalb der stark sozialdemokratisch geprägten Oppositionsbewegung gegen die Wenderegierung für den Klassenkampf gegen das Kapital und die Reaktion einzutreten, die scheinbar einzig mögliche Alternative Wendepolitik oder Sozialpartnerschaftspolitik in Frage zu stellen und einen **Fortschritt beim Zusammenschluß klassenkämpferisch orientierter Kräfte zu erreichen.“**

Wir bestreiten, daß dieses Ziel bei der Bundestagswahl 1987 durch die derzeit möglich erscheinende Kandidatur von vier revolutionär-sozialistischen Organisationen angestrebt werden kann.

1. Wir unterstützen alle Bewegungen, besonders in der Arbeiterklasse, die sich inhaltlich gegen die Wendepolitik richten. Die breite kämpferische Mobilisierung (z.B. gegen die Änderung des § 116 AFG) erschwert es den sozialdemokratischen Führern, den Kampf gegen die Wende ausschließlich auf eine Pro-SPD-Stimmabgabe am Wahltag zu beschränken. Dennoch wäre eine Ablösung der CDU/CSU-FDP-Regierung durch eine Wahlniederlage ein durchaus wichtiger Schritt im Kampf gegen die Wendepolitik. Jedermann weiß, daß die parlamentarische Alternative zur Wenderegierung nur eine von der SPD geführte Bundesregierung sein kann. Ein solcher Regierungswechsel würde aber unter der Voraussetzung, daß eine breite Massenmobilisierung gegen die Wendepolitik gelingt, das Entstehen einer von der SPD-Führung unabhängigen klassenkämpferisch orientierten Strömung in der Arbeiterklasse wahrscheinlich erleichtern. Eine eigene Kandidatur der revolutionären Sozialisten — sofern sie überhaupt nennenswert sichtbar würde (nach dem NRW-Wahlkampf haben wir da unsere Zweifel) — stände dem Wunsch der Arbeiter und Werktätigen, am Wahltag eine andere Regierung zu installieren, entgegen. Mit diesem Problem werden wir immer wieder zu tun haben. Wir wollen damit keineswegs eine eigene Kandidatur immer davon abhängig machen, ob eine Chance besteht, ins Parlament zu kommen. Auch wir halten es für normal, daß eine politische Partei bei Wahlen ihr Programm und ihre Kandidaten zur Abstimmung stellt. Das entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, sorgfältig die Umstände zu prüfen, unter denen eine eigene Kandidatur sinnvoll ist. Wir würden sie dann in der Regel für sinnvoll halten, wenn es eine nennenswerte Strömung in der Arbeiterklasse gibt, die durch eine solche Kandidatur repräsentiert würde. Zur Bundestagswahl 1987 sehen wir eine solche Strömung für eine Kandidatur der vier in Frage kommenden Organisationen nicht.

Es ist nicht einzusehen, warum wir nicht auch ohne Eigenkandidatur **die** Lernprozesse in der Arbeiterklasse unterstützen und verstärken können, die gegen Ende der Schmidt-Regierung schon begonnen haben: nämlich die um sich greifende Einsicht, daß die Wahl einer SPD-Regierung allein keineswegs Sozialabbau und Umverteilung der Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen verhindert. Eine nüchterne Einschätzung, wieweit uns eine SPD-Regierung beim Kampf gegen die Wendepolitik nützen kann und vor welchen Illusionen wir auf der Hut sein müssen — bei gleichzeitiger Empfehlung dennoch SPD oder Grüne zu wählen — würde das Vertrauen in die politische Reife der revolutionären Sozialisten eher heben. Dafür können wir auf den in der Vergangenheit sowieso äußerst geringen Vorteil verzichten, das Eintreten für unsere politischen

Mittlere Wende

Obere Wende
1 – 31

Auffassungen durch eigene Kandidatur sichtbar zu machen.

2. Wir fürchten, daß das mögliche Bündnis der vier Organisationen, das mit eigenen Kandidaten zur Wahl antreten würde, sich auf wenig gemeinsame Politik stützen kann. Gerade in wichtigen Fragen des Klassenkampfes (Kampf gegen Arbeitslosigkeit, 35-Stunden-Woche) gab es in der Vergangenheit tiefgehende Differenzen mit dem BWK. Bei der Bundestagswahl werden gerade diese Themen im Mittelpunkt stehen müssen. Was ist ein Wahlbündnis wert, das aus der Not — nicht alleine kandidieren zu können — am grünen Tisch zusammengeschustert wird, und das sich nicht auf eine gemeinsame Politik in den gegenwärtig zentralen Fragen des Klassenkampfes stützen kann?

Was war der gemeinsame Wahlaufruf zur letzten Bundestagswahl wert, wo wir die Unterstützung der Arbeitszeitverkürzung hineinbekommen hatten? Es war ein toter Kompromiß und nicht der Ausdruck einer Übereinstimmung im tatsächlichen Kampf. Wir halten eine Kandidatur im Wahlbündnis für denkbar, wenn es einer tatsächlichen Bewegung in Teilen der Arbeiterklasse entspricht. Als Beispiel schwebt uns dabei die Kandidatur von BAB/BAL zu den Bürgerschaftswahlen in Bremen vor. Damals — 1983 — gab es eine wachsende Opposition innerhalb der sozialdemokratisch orientierten Arbeiter und in den Gewerkschaften gegen die Politik der Schmidt-Regierung. Das war die Basis für den Zusammenschluß linker Kräfte, der auch bei Teilen sozialdemokratischer Arbeiter auf Sympathie stieß, und auf der sich die Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen stützte. Eine solche Kandidatur, auch wenn sie den Einzug ins Parlament verfehlt, kann die Position der Linken stärken.

Die mögliche Kandidatur der vier Organisationen zur Bundestagswahl 1987 aber erscheint uns als rein propagandistische Angelegenheit, die sich bei den vier beteiligten Organisationen nur auf eine vage gemeinsame Sozialismus-Auffassung, nicht aber auf eine gemeinsame Haltung zum tatsächlichen Klassenkampf stützen könnte. Eine solche Propaganda-Kandidatur stünde im Widerspruch zur Entwicklung unseres Politik-Verständnisses in den letzten zwei Jahren.

3. Mit den Genossinnen und Genossen der GIM gibt es eine Übereinstimmung in wichtigen Bereichen des Klassenkampfes. Wir halten aber eine Eigenkandidatur bei den Bundestagswahlen nicht für geeignet, das Zusammenwachsen und die Stärkung einer dann hoffentlich vereinigten Organisation zu fördern. Wir befürchten im Gegenteil eine Zerreißprobe.

Warum nehmen wir uns nach dem Vereinigungsparteitag nicht vor, unsere gemeinsame Politik schrittweise zu entfalten, mehr öffentlich aufzutreten und Vertrauen zu gewinnen. Durchaus sollten wir danach ins Auge fassen, bei Kommunal- oder Landtagswahlen in den Stadtstaaten auszuprobieren, wie wir mit einer Eigenkandidatur oder im größeren Bündnis ankommen.

Warum wird nach den niederschmetternden Erfahrungen der letzten Jahre erneut versucht, den großen Wahlhammer herauszuholen? Steckt dahinter nicht noch immer die Illusion, wir könnten durch eine konzentrierte Anstrengung jetzt doch den großen Durchbruch zum Bewußtsein der fortschrittlichen Arbeiter schaffen (à la Volksfront-Wahlkampf)?

Die MLPD exerziert uns doch noch einmal vor, daß mit solchen Vorstellungen kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Das Argument mancher Genossen, der Beschluß des Parteitages gegen eine eigene Kandidatur könne die Vereinigung mit der GIM gefährden, halten wir im Grunde für eine Beleidigung der GIM-Genossinnen und -Genossen. Wir sind zuversichtlich, daß unsere Vereinigung auf solideren Grundlagen beruht, als daß selbst bei denjenigen, die in der Frage der Bundestagswahl eine andere Auffassung vertreten, die Vereinigung gefährdet würde.

4. Diejenigen, die wir vordringlich für den Gedanken des revolutionären Sozialismus gewinnen wollen, stehen in den Reihen der überwiegend von der SPD beeinflußten kämpferischen Arbeiter. Alles, was wir damals im Vorfeld der Bundestagswahl über einen eventuellen Wahlaufruf für die SPD diskutiert haben, gilt insbesondere für die kommende Bundestagswahl. Das gewisse Ansehen, das wir in den letzten Jahren in den Kreisen dieser fortschrittlichen Arbeiter gewonnen haben, sollte durch eine ziemlich isolierte Kandidatur bei den Bundestagswahlen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

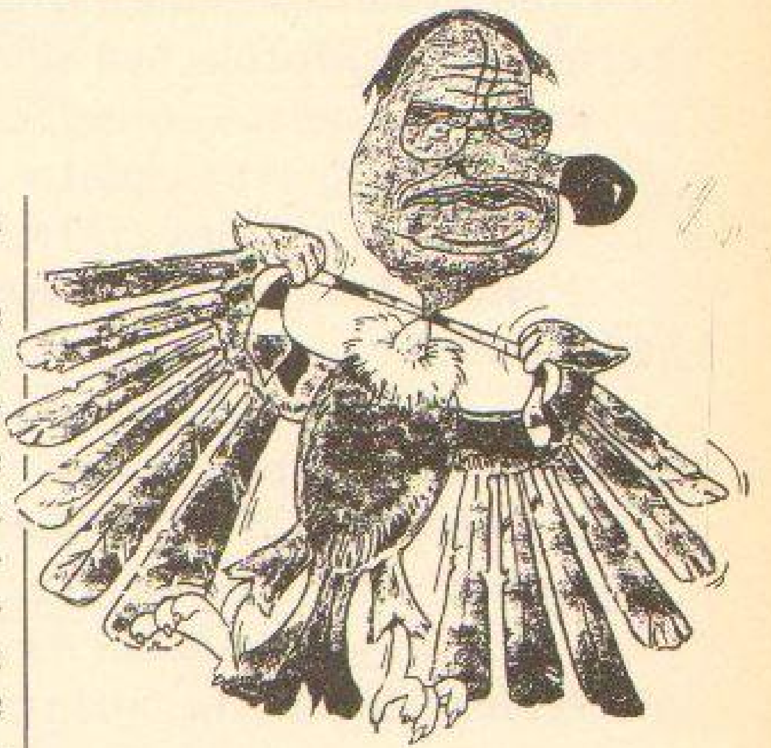
5. Wir treten dafür ein, daß die klassenkämpferischen Kräfte und die revolutionären Sozialisten in den Bundestagswahlkampf eingreifen. Wir halten ein Ausspielen der laufenden Arbeit gegen eine Beteiligung am Wahlkampf für falsch. Aber einem Fortschritt beim Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kräfte unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre am besten gedient, wenn die gewerkschaftliche Linke und andere fortschrittliche Kräfte sich zur Wahl selbständig äußern. Etwa auf der Linie einer inhaltlichen Stellungnahme gegen die Wendepolitik und dem Aufruf, den Wendeparteien bei der Wahl keine Stimme zu geben. Ob eine solche bundesweite Initiative der fortschrittlichen Gewerkschafter zustande kommen kann, können wir nicht beurteilen. Wir halten es aber für einen Versuch wert, daß die revolutionären Sozialisten darauf hinarbeiten. Ob eine solche Initiative sich auf örtliche Intiativen stützen könnte, die dann auch mehr zustande brächten als einen gemeinsamen Aufruf (örtliche Kundgebungen und Versammlungen etwa) müßte man ausprobieren. Auf jeden Fall könnte eine Initaitive in dieser Richtung unseren Einfluß in diesem wichtigsten Spektrum verbreitern und damit auch ein positives Klima für den weiteren Zusammenschluß der revolutionären Sozialisten und für unsere Auffassungen vom Sozialismus schaffen.

(Vorgelegt von Genossen aus Betrieben und in der Tendenz gebilligt von der Mitgliederversammlung Weser-Ems)

Untere Wende
75 - 99

Für eine Kandidatur

von HORST DIETER KOCH



Obwohl die sehr unterschiedliche politische Akzentuierung beider Bremer Positionen unübersehbar ist, ist ihnen die Auffassung gemeinsam, daß eine revolutionär-sozialistische Kandidatur bei den Bundestagswahlen uns isolieren würde, Ausdruck des politischen Sektierertums wäre.

Beide Positionen berufen sich auf Bestrebungen, die derzeitige Wenderegierung zu beseitigen. Auch ich halte es für richtig, daß wir unmißverständlich klar machen müssen, daß wir in der Alternative zwischen der jetzigen Regierung einerseits und einer SPD- bzw. SPD/Grüne-Regierung andererseits nicht neutral sind. Positiv ausgedrückt: Wir müssen eindeutig vertreten, daß wir eine Ablösung der jetzigen Regierung auch dann begrüßen, wenn die konkrete Alternative nur eine sozialdemokratische bzw. sozialdemokratisch geführte Regierung sein kann.

Nur: das Positive in den Bestrebungen der Arbeiterklasse und der anderen Kräfte im Lager der Wende-Gegner ist der Kampf gegen die bestehende Regierung, nicht aber das Eintreten für eine SPD-Regierung.

Warum ist es notwendig, in der Arbeiterklasse die allgemeine politische Orientierung „Weg mit der Wenderegierung" zu unterstützen? Doch nicht aufgrund einer besonderen Wertschätzung für die SPD, sondern weil die jetzige Regierung, die ausnahmslos von den Unternehmerorganisationen unterstützt wird, mit einer ganz bestimmten aggressiven Strategie ausschlaggebender Kapitalskreise gegen die Arbeiterbewegung verbunden ist.

Dafür, ob diese Strategie von Kapital und politischer Reaktion gegen die Arbeiterbewegung sich durchsetzt oder ob die Arbeiterbewegung sich behaupten kann, ist ausschlaggebend die Entfaltung von Massenkämpfen der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Angriffe von Kapital und Reaktion.

In diesen Massenkämpfen (35-Stunden-Woche, § 116 AFG u.a.) muß es in der Tat unser hauptsächliches Anliegen sein, einen möglichst großen Beitrag zur Entwicklung dieser Kämpfe zu leisten. Hier gibt es für uns tatsächlich kaum eine größere Gefahr als die der sektiererischen Absonderung von den realen Kämpfen der Klasse. In diesen Kämpfen werden auch in erheblichem Umfang die Weichen für den Ausgang parlamentarischer Wahlen gestellt. Die richtige Haltung der Partei und der revolutionären Sozialisten zu den Massenkämpfen gegen die Koalition von Kapital und Kabinett ist nicht nur eine taktische Frage, sondern ein Problem von erheblicher strategischer Bedeutung: wenn es Kapital und Reaktion gelingt, die Arbeiterbewegung entscheidend zu schwächen, wird sie in absehbarer Zeit (ohnehin rechnen wir nicht in sehr kurzen Zeiträumen) kaum die Kraft finden zum Kampf um die politische Macht. Umgekehrt: wenn die Arbeiterbewegung diesen Angriffen im wesentlichen ungebrochen widersteht, wird sich die Frage der politischen Macht in durchaus absehbarer Zeit auf qualitativ höherer Stufe neu stellen — jedenfalls, wenn man von der Annahme ausgeht, daß die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung sich verschärft.

Das ist das grundlegende, wesentliche Element in der Frage der besonderen Frontbildung gegen die Reaktion.

In unserem Bestreben, diese Massenkämpfe zu fördern und möglichst viel zu ihrer Entwicklung beizutragen, ergibt sich für unsere Partei nicht nur die Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Annäherung an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sondern auch eine notwendigerweise zwiespältige Haltung zur Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor die einzige politische Kraft, die in den Gewerkschaften über ausreichende Autorität und Schlüsselpositionen verfügt, um überbetriebliche Aktionen der Arbeiterklasse auslösen zu können. Der Einfluß der radikalen Linken in der Arbeiterbewegung kann sich im wesentlichen nur dadurch Geltung verschaffen, daß sie durch Basisinitiativen Druck auf den sozialdemokratischen Gewerkschaftsflügel ausübt. Dabei kommt den linkssozialistischen Kräften im gewerkschaftlichen Funktionskörper häufig die Rolle eines „Scharniers" zu.

Bei der Auslösung von Kämpfen der Arbeiterklase kommt dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsflügel also noch eine große Bedeutung zu. Andererseits ist es vor allem dieser sozialdemokratische Gewerkschaftsflügel, der die Eindämmung der Arbeitskämpfe betreibt, der gegen die Entfaltung der Massenaktivität der Arbeiter und Angestellten arbeitet, der begrenzte und von ihm kontrollierte Aktionen der Arbeiterklasse lediglich als Druckmittel für das Bestreben betrachtet, doch noch einen sozialfeindlichen Kompromiß zu erreichen, der strategisch die Integration der Arbeiterbewegung in das bürgerliche System anstrebt und jedes Rütteln an den Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Macht durch die Arbeiterklasse zu unterbinden sucht.

Die etwas komplizierte Haltung unserer Partei zur Sozialdemokratie, wie sie vor allem, aber keineswegs nur, unserer Gewerkschaftspolitik zugrundeliegt (einerseits Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen gegen Kapital und Reaktion, andererseits Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluß, der auf die Beschränkung der Kämpfe der Arbeiterklasse abzielt) gründet sich also nach meinem Verständnis auf eine bestimmte Beurteilung, wie die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse, ihre kämpferische Aktivität gestützt werden kann.

Der Verzicht auf eine revolutionär-sozialistische Kandidatur zugunsten einer direkten oder indirekten Wahlempfehlung für SPD und Grüne trägt dagegen nichts zur Steigerung und Kampffähigkeit der Arbeiterklasse bei. Bei der Haltung in parlamentarischen Wahlen geht es nicht um die Unterstützung realer Massenkämpfe gegen die Reaktion, sondern allenfalls darum, ob man auch noch dazu beiträgt, daß die Kämpfe gegen Kapital und Reaktion sang- und klanglos in sozialdemokratisches Fahrwasser münden. So bedingungslos ich dafür bin, daß wir uns gegenüber den realen Kämpfen nicht sektierisch verhalten, so absurd finde ich die Forderung, wir dürften uns auch von den Illusionen, die die Arbeiterklasse in die SPD noch hat, nicht absetzen.

Für mich stellt sich die Frage anders: neben der Durchführung einer realistischen, auf einer strategischen Vorstellung des Klassenkampfes basierenden Taktik muß die Partei stets zentral für die Notwendigkeit eintreten, daß es jetzt — hier und heute — notwendig ist, für den Aufbau einer neuen revolutionären, sozialistischen Massenpartei zu arbeiten.

Bei den Wahlen, bei denen es um die Entscheidung für Parteien geht, gilt das in besonderer Weise. Ich kann überhaupt nicht erkennen, daß es eine bessere Methode gibt, für dieses zentrale Anliegen einzutreten als eine revolutionär-sozialistische Kandidatur.

Natürlich haben alle recht, die darlegen, daß eine solche revolutionäre sozialistische Kandidatur gesamtgesellschaftlich keine relevante politische Wirkung ausübt. Erreichbar wären aber durchaus Fortschritte in der Sammlung und Vereinheitlichung revolutionärer Sozialisten. Das ist für mich keine nebensächliche Frage, vier Organisationen haben ihr Interesse an einer revolutionär-sozialistischen Kandidatur bekundet. Die eine oder andere könnte hinzukommen.

Kein Mensch in unserer Partei spricht von der Möglichkeit, durch eine Wahlbeteiligung einen „Durchbruch" zu erreichen. Aber wir wären zeitlich früh genug dran, um nicht nur eine wechselseitige Unterstützung von Landeslisten, die unter dem Etikett bestehender Organisationen firmieren, zu vereinbaren, sondern tatsächlich eine Wahlorganisation zu gründen, an der sich auch revolutionäre Sozialisten beteiligen könnnten, die sich mit keiner der bestehenden Organisationen identifizieren wollen.

Damit wäre die Möglichkeit gegeben, einen ernsthaften Versuch zur Sammlung revolutionärer Sozialisten zu unternehmen. Wie ein solcher Versuch ausgehen würde, dürfte niemand einschätzen können. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß er so enden könnte, daß die Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten sich praktisch-politisch anders und klar stellen würde. Dazu bedürfte es ja keiner gewaltigen Zahlen.

Gegenwärtig ist nicht einmal klar, ob zwischen den interessierten revolutionären Organisationen die Gemeinsamkeit der politischen und programmatischen Auffassungen für eine solche Initiative überhaupt ausreicht. Tatsächlich hätte eine solche „Sammlungsbewegung" nur auf einer relativ programmatischen Grundlage einen Sinn. Mit dieser programmatischen Grundlage müßte auch ein Großteil der oben diskutierten Überlegungen vereinbar sein.

Der Parteitag aber hat sich grundsätzlich gegen eine revolutionär-sozialistische Kandidatur ausgesprochen, ohne Rücksicht auf den Diskussionsprozeß zwischen den revolutionären Sozialisten. Ohne Rücksicht darauf, welche Möglichkeiten sich für die Zusammenarbeit der revolutionären Sozialisten eröffnen könnten. Auch das ist Ausdruck von Sektierertum.

Jeder westdeutsche Bürgermeister träumt davon, jeder Landesvater will sie schaffen: Technologieparks nach dem Vorbild des kalifornischen Silicon Valley. Zukunftsindustrie, modern, sauber — ohne Schlote und Umweltbelastung — sichere Arbeitsplätze, menschenwürdige Arbeit, das alles wird mit diesen Projekten verbunden.
Einige wichtige Fakten darüber, wie es wirklich in Silicon Valley und der damit verbundenden Industrie aussieht, hat ein Artikel im Angestellten-Magazin des DGB ans Licht gebracht. „Leben und Tod im Silicon Valley“ heißt der Artikel in der Nr. 1/86. Dr. Hans G. Helms schreibt darin über Arbeits- und Umweltverhältnisse in der Mikroelektronik.
Da das Angestellten-Magazin des DGB in verschiedenen Ausgaben (z. B. für die IGM oder IG CPK) erscheint und der Artikel nicht in jeder Ausgabe enthalten war, drucken wir einige Auszüge daraus ab.
Unsere Auszüge befassen sich mit der um die Forschung und Entwicklung angesiedelte Produktion, wo vor allem Frauen arbeiten, mit den Arbeitsbedingungen und den Folgen dieser Produktion für Mensch und Umwelt.

Horror im „High-Tech-Paradies“

Frauen in Silicon Valley

(...) Wie es in der großen Welt ein Nord-Süd-Gefälle zwischen wohlhabenden Industriestaaten und ausgepowerten Entwicklungsländern gibt, so ist auch die Miniaturwelt des Silicon Valleys geographisch nach Arm und Reich geteilt. Die das Valley umfassende Verwaltungseinheit Santa Clara County zerfällt in ein North und ein South County. In den Gemeinden des North Countys, in Palo Alto, Mountain View, Cupertino und Sunnyvale, haben die Elektronikfirmen ihre Verwaltungen und Labors, wohnen die Manager, Wissenschaftler und Ingenieure. Im South County, das aus der Großstadt San Jose und den Randgemeinden Milpitas und Gilroy besteht, ist das Gros der Fabrikationsstätten untergebracht. In den Slums des South Countys drängt sich das Industrieproletariat, das übervolle Arbeitskräftereservoir der Mikroelektronik: Über eine halbe Million nicht Englisch sprechender Ausländer, darunter ungefähr 300000 Frauen, von denen nur jede Dritte jeweils einen Job hat. Tagtäglich kommen neue Ladungen boat people aus Vietnam, jede Maschine aus Manila bringt Scharen junger Frauen aus ihrem von Regierungsterror und Bürgerkrieg verheerten Inselreich.
(...)



Daß die Halbleiterproduzenten Werke in bestimmten Entwicklungsländern wie Taiwan, Malaysia oder den Philippinen betreiben und besonders arbeitsintensive Produktionsschritte dorthin ausgelagert haben, ist seit längerem bekannt. Doch erst durch die detektivische Spürarbeit von Frauen wie Consuela ist bekannt geworden, daß sich in den Garagen und Wohnzimmern der slums im South County eine rege illegale Heimarbeit ausgebreitet hat. Vor allem geschäftstüchtige Vietnamesen und Kambodschaner bieten sich den Konzernen als konkurrenzlos billige Subunternehmer an, um solche arbeitsintensiven Arbeiten wie das boardstuffing auszuführen. Zuerst setzen sie ihre Familien ein und, wenn die nicht mehr ausreichen, heuern sie arbeitslose Landsleute an. In diesen Schwitzläden oder sweatshops herrschen abenteuerliche Arbeitsbedingungen. Da wird mit hochgiftigen Chemikalien hantiert, als handele es sich um klares Wasser. Da werden 14- und 15stündige Schichten gefahren, bis die Frauen und Kinder buchstäblich vom Hocker fallen. Die Stücklöhne sind so niedrig, daß selbst die geschickteste Arbeiterin kaum auf vier US-Dollar pro Stunde kommt. Und selbstverständlich gibt es keine Arbeitsplatzsicherheit und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.
(...)

Auf dem Stadtgebiet von San Jose liegt ein Werk des Mikrochip-Herstellers Fairchield Camera and Instrument Corporation, einer Tochter des französisch-amerikanischen Erdöldienstleistungs- und Elektronikmulits Schlumberger Ltd. in nächster Nähe zu einem Brunnen des Great Oaks Water Districts, (...). Aus den unterirdischen Tanks des Werks waren im Herbst 1981 „etwa 220000 Liter giftige organische Lösungsmittel ausgeflossen“ und hatten das Grundwasser verseucht, wie Reinhard Wandtuer in der FAZ schrieb. Es handelte sich um Trichloräthylen oder TCE, „ein Lösungsmittel, das weithin verwendet wird, um Silikonchips zu säubern“, so die New York Times. Eine 1983 vorgenommene Untersuchung des Nationalen Toxikologieprogramms ergab, „daß TCE bei Mäusen im Labor Krebs auslöste“, stellte die New York Times ferner fest.

Die Technology Review, das hochseriöse Wissenschaftsjournal des Massachusetts Institutes of Technology, berichtet noch von einem anderen Lösungsmittel aus der Äthanolfamilie, „das in der Halbleiter-Fabrikation regelmäßig benutzt wird, obschon seine toxische Wirkung auf das Fortpflanzungssystem bekannt ist“. Sein Hersteller ist der berüchtigte Chemiekonzern Dow Chemical, der der US-Armee während des Vietnam-Krieges als Hauptlieferant für das dioxinhaltige Entlaubungsmittel Agent Orange gedient hatte. Dow vertreibt das Lösungsmittel unter dem harmlos klingenden Markennamen Cellosolve. Bereits 1982 hatte der Gefahrenbewertungs- und Informationsdienst des Staats California bekannt gegeben: Cellosolve „verursacht Geburtsfehler, führt zum Tod von Embryos in weiblichen Mäusen, Ratten und Kaninchen und beeinträchtigt die Spermaentwicklung in männlichen Tieren.“
(...)

Einige der Opfer haben zur Selbsthilfe gegriffen: Sie sind gegen die gifttriefenden Konzerne vor Gericht gezogen. In San Jose prozessieren mehr als 400 Bürger gegen ihren Nachbarn Fairchild. Sie stützen ihre Klage darauf, „daß Chemikalien in ihrem Wasser Gehirn- und Geburtsschäden, Krebs und andere Krankheiten verursacht haben“, berichtet das Wall Street Journal. Andere Gruppen haben die Konzerne IBM und Teledyne mit ähnlichen Argumenten verklagt. Fairchild seinerseits hat den Hersteller der Tanks verklagt; nach Ansicht der Fairchild-Manager ist er der Alleinschuldige.

Im übrigen schieben die Eletronikbosse alles den bösen Gewerkschaften in die Schuhe: „Die vor Ort aktiven Gewerkschaften, die sich nun schon seit Jahrzehnten bemühen, in der Elektronikindustrie um San Jose Fuß zu fassen, haben die Anwohner bis zur Hysterie hochgepeitscht“, zitiert die New York Times.

Richtig ist immerhin, daß es mutigen Arbeiterinnen wie Consuela und ihren Gewerkschaften zu danken ist, daß in den letzten Jahren wenigstens erste Untersuchungen der Gesundheitsrisiken unternommen worden sind, die aus dem Umgang mit den in der Mikrochip-Produktion verwendeten Chemikalien entstehen. Denn sind auch alle Bewohner des Silicon Valleys „potentielle Opfer giftiger Chemikalien“, direkt auf der „genetischen Zeitbombe“ sitzen die Werktätigen in den clean rooms der Halbleiterfabriken. Fortwährend hantieren sie mit TCE oder Cellosolve; sie atmen womöglich Spuren der Industriegase Arsin, Phospin oder Diboran ein, die z. B. bei der Ionenimplantation verwendet werden. Die Technology Review berichtet, im Silicon Valley werden jährlich mehrere Millionen Kubikmeter hochgiftiger Lösungsmittel und Industriegase verbraucht. Selbst die FAZ, das Morgenblatt des westdeutschen Großkapitals, kann sich der Feststellung nicht enthalten: „Als besonders gefährlich gilt Arsin, ein in höherer Dosierung tödliches Gas, das die roten Blutkörperchen zerstört und die Nieren schwer schädigt. Längere Zeit in geringer Menge eingeatmet, ist es möglicherweise krebserregend.“ Consuela glaubt, daß ihre häufigen Hautirritaionen und Kopfschmerzen von den Giftstoffen verursacht werden, die sie bei der Arbeit einzuatmen gezwungen ist, und daß sie vielleicht sogar mit schlimmeren Gesundheitsschäden rechnen muß.

Wo Hochkapazitätschips aus Galliumarsenid verfertigt werden statt Silikon, sind Haut, Schleimhäute und Atmungsorgane der Arbeiterinnen dem Arsenstaub unmittelbar ausgesetzt. Gesundheitliche Folgen scheinen fast unausbleiblich. Anderen droht die zufällige Hinrichtung durch elektrischen Strom: denjenigen nämlich, die an Maschinen arbeiten, die mit Starkstrom bis über 10000 Volt operieren. Mindestens fünf Werktätige sind durch solche Maschinen vom Leben zum Tod befördert worden; die Maschinen waren nicht ausreichend abgesichert.
(...)

Die Technology Review hat ermittelt, daß die Zahl der Berufserkrankungen in der Halbleiterindustrie „dreimal so hoch ist wie im industriellen Durchschnitt“, und das, obwohl die Firmen die Statistiken verfälschen, indem sie das Einatmen von giftigen Gasen als simple „Verletzung“ zu bezeichnen belieben. Darüber hinaus befürchtet sie, „die Arbeiterinnen werden oft nicht einmal gewahr, daß sie Chemikalien und Gasen ausgesetzt sind“, weil diese vermittels der Luftumwälzanlagen aus einem clean room in den anderen transportiert werden. Da die Arbeiterinnen zudem häufig gezwungen seien, den Arbeitsplatz zu wechseln, und als des Englischen nicht mächtige und vielfach illegale Ausländerinnen über ihre Gesundheitsbeschwerden nicht reden, bleibe unbekannt, wieviel folgenreiche Pannen in den einzelnen Betrieben denn nun wirklich passieren.

Gäbe es die mutigen Consuelas nicht und die Gewerkschaften, die ihre Informationen sammeln und an die Öffentlichkeit tragen, bliebe die Lage der Prudktionsarbeiterinnen im Silicon Valley wie sie ist: die Industrieherren haben ihnen das Recht auf einen unversehrten Körper und auf gesunde Kinder genommen.

Interessenten senden wir gern den gesamten Artikel (4 Seiten) in Kopie gegen Voreinsendung von DM 1,50 in Briefmarken zu.

Bei der im Artikel erwähnten Consuela handelt es sich um eine 26jährige Frau mit zwei Kindern, die in und um Silicon Valley praktisch illegal Gewerkschaftsarbeit macht und den Autor bei seinen Recherchen unterstützt hat.

♀ Liebe Frauen



Weil wir nicht wollten, daß das Frauenthema aus Zeitmangel auf dem Parteitag nur am Rande abgehandelt wird, wurde beschlossen so schnell wie möglich eine Frauenkonferenz durchzuführen. Diese Konferenz findet am Wochenende 26./27. April statt.
Ort und Zeitplan wird Euch noch mitgeteilt.
In Ergänzung zu den Frauenthesen zum 6. Parteitag schlagen wir die seperat abgedruckten Themen vor. Die Themen werden von einzelnen Frauen vorbereitet. Natürlich sind wir für weitere Vorschläge dankbar und meinen auch, daß alle speziellen Probleme angesprochen werden können. Auf jeden Fall bitten wir Euch zahlreich zu kommen. Außerdem soll es Ziel der Konferenz sein, weitere Frauen zur Mitarbeit in der Frauenabteilung zu motivieren, weil nur so eine gezielte kontinuierliche Frauenpolitik der Partei entwickelt werden kann.

Wir grüßen Euch herzlich
Die Frauen der Frauenabteilung

Themenvorschläge für die Frauenkonferenz:

1. CDU-Leitsätze zur Gleichberechtigung der Frau — Konservatismus in neuem Gewand
2. Marxismus und Feminismus
   a. Schließen sich diese theoretischen Konstruktionen aus?
   b. Beinhaltet der Marxismus den Feminismus von der Anlage her?
   c. Geht der Feminismus über die marxistische Theoriebildung hinaus?
3. Strukturen in der Frauenbewegung
   a. in den Gewerkschaften
   b. und anderswo
4. Einige Informationen zum Beschäftigungsförderungsgesetz
5. Quotierung — Was nun? Wie weiter mit der Frauenarbeit in der Partei?

Literaturhinweise zu 2: Anja Meulenbelt — Feminismus und Sozialismus, Feminismus-Aufsätze zur Frauenbefreiung, Wie Schalen einer Zwiebel oder Wie wir zur Frauen und Männern gemacht werden — alles Verlag Frauenoffensive. Ernest Bornemann — Das Patriarchat — Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems, Fischer Nr. 3416.

Wir gehen davon aus, daß wir für die Bearbeitung dieses Themas einige Jahre brauchen werden. Deshalb kann hier nur eine weitere Erörterung stattfinden und eine Aufgabenstellung für die nächste Zeit. Außerdem bitten wir Genossinnen, die spezielle Marx-Kenntnisse zu diesem Thema haben, sich zu melden.



pinwand

Veranstaltungen und Demonstrationen zum 8. März 1986

Bielefeld

8.3., 15.00 Uhr Veranstaltung im IBZ ausländischer und inländischer Frauen, Musik, Tanzgruppe, Theaterstück, Türkische Frauen berichten.
8.3. 15.00 - 20.00 Uhr Veranstaltung des DGB in der „Eisenhütte“, Marktstraße (mit Frauencafe, Kulturprogramm u.v. a.m.)

Bochum

8.3., 10.30 Uhr Treffpunkt Demonstration am BVZ, 12.00 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Dr. Ruer-Platz — das Bochumer Frauenbündnis ruft auf. 18.00 Uhr DGB-Veranstaltung „Brot und Rosen“ mit Liedern, Sketchen, Kulturprogramm;
9.3., 16.00 Uhr Museum Bochum, „Frauenkabarett“



Bremen

7.3., 17.00 Uhr Demonstration ab Hauptbahnhof, 18.00 Uhr Kundgebung am Marktplatz, 19.30 Uhr Kulturveranstaltung im Bürgerzentrum Vahr.

Darmstadt

8.3., 19.00 Uhr, Hans Böckler Saal, Gewerkschaftshaus, Veranstaltung der DGB-Frauen

Dortmund

8.3. DGB: ab 11.00 Uhr Infostände und Kulturprogramm auf dem Alten Markt
13.30 Uhr Kundgebung u.a. mit W. Rotert, Betriebsrätin bei Hertie
19.00 Uhr Schwoof für Frauen, veranstaltet vom Dortmunder Frauenplenum im Fritz-Henßler-Haus.



Frankfurt

8.3., 12.30 Uhr Frauendemonstration von der Katharinenkirche zum Gewerkschaftshaus. 15.00 Uhr Veranstaltung der DGB-Frauen im Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 mit Kulturprogramm, Frauensonggruppe, DGB-Chor usw.

Hamburg

8.3., 10.00 - 12.00 Uhr Infostände in der Innenstadt
12.00 Uhr Demonstration verschiedener Frauengruppen u.a. DFI, § 218, GIM, KPD, vom Gerhard-Hauptmann-Platz.
7.3., 19.00 Uhr Veranstaltung der DGB-Frauen, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee.

Herne

8.3., 15.00 Uhr Veranstaltung der IG-Metall-Frauen mit den ASF-Frauen, Infostände,
Diskussionen; ab 18.00 Uhr Beginn des Kulturprogramms mit der Kulturgruppe der IG Metall Herne „Fettnäpfchen“, Ort: Kulturzentrum Herne, Schulstr. 24

Köln

8.3., 11.00 Uhr Demonstration von Gewerkschaften und Frauengruppen ab Hans-Böckler-Platz, 13.00 - 19.00 Uhr, Veranstaltung im Bürgerzentrum Ehrenfeld.

Ludwigshafen

8.3. Veranstaltung der DGB-Frauen im DGB-Haus.

Lübeck

8.3. Veranstaltung der DFI im Musikladen, 20.00 Uhr. Am Vormittag Infostände der DGB-Frauen in der Innenstadt.
München

München

8.3., 12.00 Uhr Infostände, Mediencafe, Filme im Anton-Fingerle-Zentrum
Ab 17.00 Uhr Hauptveranstaltung der DGB-Frauen „Brot und Rosen“.

Oberhausen

8.3., 18.00 - 24.00 Uhr Veranstaltung des DGB und Oberhausener Frauengruppen in der Gesamtschule Osterfeld.

Offenbach

7.3., 16.30 Uhr Demonstration ab Marktplatz. Es ruf auf Aktionsbündnis (DGB-Frauen, Frauenforum, DS-Frauen, DKP-Frauen, Grüne-Frauen, ASF etc.)
8.3., 14.00 Uhr Veranstaltung, Waldstr. 353 (Hainbachtal)

Stuttgart

8.3., 11.00 Uhr Schloßplatz, Infostände, Moritaten, Sketche, Hexen und Action; ab 14.00 Uhr Veranstaltungen DGB-Frauen und andere Frauen im DGB-Haus, Videofilme, Frauen in anderen Ländern, Cafe im Foyer, Filme, Dias; 15.00 - 17.00 Uhr Großer Saal, DGB-Haus, Veranstaltung „Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll“ Aktivistinnen: Wir; 19.00 - 21.00 Uhr Swapo-Chor, Lieder und Texte südafrikanischer Frauen.



Wiesbaden

8.3., 17.30 Demonstration des Wiesbadener Frauenforums ab Mauritiusplatz, Kundgebung Kranzplatz, 19.00 Fest im Tatterssall mit „Die Heckenschürzen“.

Anti-Rassismus-Camp

Unter dem Titel „Rör inte min kompis“ veranstaltet die schwedische Anti-Rassismus-Initiative vom 20. - 27. Juli 1986 ein Sommerlager. Im Preis von 800 Kronen (ca. 320 Mark) sind Unterbringung, Verpflegung, Exkursionen, Besichtigungen und viele Freizeitveranstaltungen inbegriffen. Für Leute, die alles außer der Übernachtung selbst bezahlen wollen, kostet es 350 Kronen.

Anmelden kann man sich durch Zahlung von 100 Kronen auf das Konto: SOS rasism Boras Sweden's Postgiro Nr. 707534-4. (Wer sich vor dem 27. März anmeldet, bekommt 150 Kronen erlassen.)



Am 15.3.1986 findet in Recklinghausen eine Veranstaltung statt, die „ran“ u.a. gemeinsam mit den Ruhrfestspielen organisiert. Im Mittelpunkt steht der Film zu Günter Wallraffs Buch „Ganz unten“. Zum Thema Leiharbeit und Ausländerfeindlichkeit diskutieren Konrad Carl (Vorsitzender der IG Bau), Yilmaz Karahasan (IG Metall), Dieter Steinborn (HBV), Peter Riemer (Gewerkschaft Holz und Kunststoff) sowie Friedhelm Farthmann und Olaf Sund.

Zwischen dem 30.4. und 11.5. 1986 findet eine Tournee gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus statt, die „ran“ gemeinsam mit dem jungen forum und der Exil-Musikproduktion organisieren. Mit dabei sind CARTE DE SEJOUR, Mustafa 3 sowie die DISSIDENTEN.

Die vorläufigen Termine der Tournee: 30.4. Wuppertal, 1.5. Recklinghausen, 2.5. Köln, 3.5. Bremen, 4.5. Berlin, 5. oder 6.5. München, 7.5. Nürnberg, 8.5. Stuttgart, 9.5. Frankfurt, 10.5. Hannover, 11.5. Hamburg.

bücher

„Alternatives Lernen“

Das Buch „Alternatives Lernen“ richtet sich hauptsächlich an Teamer und Referenten der Arbeiterbildung. Dazu gehören sicher auch die Genossinnen und Genossen, die sich im Rahmen der KPD mit den verschiedenen Formen von Schulung befassen.

Der Autor Harald Werner hat bereits zwei Schriften über Arbeiterbildung herausgegeben. Er bezieht sich in diesem, vom Verlag Marxistische Blätter verlegten Buch meist auf Autoren bzw. Wissenschaftler aus der DDR und der SU und schreibt vom Standpunkt der DKP.

Hinter dem allzu modischen Titel verbirgt sich der „schwierige Versuch, sowohl pädagogische Laien als auch Anfänger in dieser Wissenschaft in die materialistische Lerntheorie einzuführen und praktische Hilfen anzubieten.“ (S. 5)

Am Anfang geht es um die Bedeutung der Arbeiterbildung. „Eine höhere Ebene des Klassenkampfes wird nur erreicht, wenn sich die Kämpfenden die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, nämlich den wissenschaftlichen Sozialismus aneignen. Doch gleichzeitig müssen wir allen Versuchen entgegentreten, die Rolle der Arbeiterbildung zu überschätzen. Die organisierte Bildungsarbeit kann dem Kampf um die Durchsetzung der Klasseninteressen Richtung und Kontinuität geben, aber sie bringt nicht die Kämpfe selbst hervor.“ (S. 7)

„Kann man Bewußtsein lernen?“ ist ein Hinweis auf den Zusammenhang von Erfahrungen im Arbeitsprozeß, und den Werten, die den Menschen täglich im gesellschaftlichen Leben vermittelt werden, mit der Arbeiterbildung. Dies erfordert Referenten, die nicht nur das Thema beherrschen, sondern deren Überzeugung sich auch durch ihre Praxis in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit vermittelt.

Dies erfordert ebenso ein Lernprogramm, das nicht allein die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes darstellt, sondern auch die Verbindung des Kampfes der Arbeiter der achtziger Jahre mit dem der „streikenden Nieter der deutschen Werftindustrie von 1908 ebenso wie mit dem Antifaschisten im KZ Buchenwald oder dem Guerillero im Dschungel Südamerikas.“ (S. 13) herstellt.

Im Vorwort wird auf die Möglichkeit hingewiesen, das zweite Kapitel („Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen“) zu überspringen. Jedoch kommt, wer sich ernsthaft mit der Arbeiterbildung auseinandersetzt, um diese lerntheoretischen Ausführungen nicht herum. Hier geht es um: Das Problem mit der Begabung. Können Erwachsene überhaupt noch lernen?, Lernbarrieren (Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Antikommunismus, Benutzung von Fremdwörtern).

H. Werner kommt u.a. zu dem Schluß, daß die These „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“ falsch und gefährlich ist und erläutert: „Die Befürchtung, Alter und Umwelteinflüsse des Arbeitslebens könnten die Masse der berühmten „grauen Zellen“ so dezimiert haben, daß sie für ein erfolgreiches Kapital-Studium (!! — ftr) nicht mehr ausreichen, ist dementsprechend unangebracht. Die tatsächlich auftretenden Schwierigkeiten haben keine physiologischen (d.h. die Leistungen und Arbeitsweisen der Zellen, Gewebe und Organe der gesunden Menschen betreffenden — Anm. ftr) „Ursachen.“ (S. 28) Eine Einführung in die marxistische Dialektik als einer Methode des Lehrens und Lernens unter Hinweis auf Marx' „Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie“ (MEW Bd. 13, S. 631 ff) beendet diesen Teil.

Im folgenden Kapitel „Sinnvolle Organisation von Lernprozessen“ werden nach der Erläuterung von fünf Schritten des Lernprozesses die verschiedenen praktischen Arbeitsformen und die Bedeutung der anschaulichen Lehrmittel der Arbeiterbildung vorgestellt und bewertet.

„Der ideologische Kampf zwischen Arbeit und Kapital findet nicht nur auf dem Felde der Theorie, sondern auch auf dem der Moral, der Tugenden und der Wertvorstellungen statt. Wie wichtig der Bourgeoisie diese Seiten des Klassenkampfes, des Ringens um Werte und Moralvorstellungen ist, das zeigte sich in der BRD überaus deutlich mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982. Die Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde von einem einzigartigen ideologischen Feldzug für die ‚geistige Erneuerung' begleitet“ (S. 129) Für uns kommt es darauf an, „sorgsam die herrschenden geistigen Strömungen zu beobachten, ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse richtig einzuschätzen und auch der emotionalen Seite der bürgerlichen Ideologie einer Alternative entgegenzusetzen.“ (S. 131)

Bei der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit im Betrieb, aber auch bei den Diskussionen unter den Revolutionären Sozialisten merken wir, „Wer rational die Unmenschlichkeit des Kapitalismus erkannt hat, der muß noch lange nicht willens und auch nicht fähig sein, diese Verhältnisse zu verändern.“ (S. 134)

Es kann also nicht allein um die Vermittlung von Wissen gehen, sondern die Teilnehmer müssen schon im Lernprozeß selbst gezwungen werden, die Theorie auf ihr eigenes Leben anzuwenden. Oder wie H. Werner es sagt: „Niemand sollte davon verschont werden, die allgemeinen Aussagen des wissenschaftlichen Sozialismus auf seine besonderen Lebensverhältnisse anzuwenden. Erst dann wird Theorie praktisch, und erst auf diese Weise schaffen wir es, daß der Lernende die emotionale Bereitschaft entwickelt, eine nur vom Verstand her begriffene Theorie auch im Alltag anzuwenden.“ (S. 135)

Alle fünf Kapitel werden mit Hinweisen auf weiterführende Literatur beendet, die eine tiefere Beschäftigung mit dem Behandelten ermöglicht. Einige nützliche Hinweise für den Lehrer/Referenten runden das Buch ab.

„Alternatives Lernen“ ist eine wichtige Lektüre für alle, die sich ernsthaft mit der Arbeiterbildung beschäftigen, sei es in einer Kollegengruppe, der Gewerkschaft, einer Bürgerinitiative oder auch in der KPD. Das gilt auch dann, wenn eine Reihe der hier gestellten Anforderungen sicher nicht von heut auf morgen verwirklicht werden können.

„Alternatives Lernen“, Verlag Marxistische Blätter 1984. Ein Handbuch für die Arbeiterbildung, außerschulische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung;
ISBN 3-88012-702-6, 9,80 DM.

***

Angesichts der Diskussionen um den Programmentwurf der KPD ist es an der Zeit, auch die Form und Methode der Schulungsarbeit zu überdenken. Seit Jahren läuft sie doch meist noch immer als Frontalunterricht und führt bestenfalls zum Auswendiglernen von Prinzipien: wie in der Schule. Eine Methode, die dem Inhalt, dem wissenschaftlichen Sozialismus, völlig widerspricht. Diese Fehler werden allerdings nur dort gemacht, wo überhaupt noch mehr oder weniger Schulung betrieben wird! „Alternatives Lernen“ bietet eine brauchbare Grundlage, um unsere Schulungsarbeit zu überprüfen und um sie dann auch entsprechend unseren Möglichkeiten zu verändern.

(ftr)

Bekommt Blüm AIDS

„Wenn die Unternehmer uns aussperren, werden wir sie ausspucken", mit diesem rotzfrechen Spruch trat ein 17jähriger IG-Metall-Flegel unserem Arbeitgeberminister gegenüber und spuckte ihm direkt ins linke Nasenloch. Doch unser Arbeitgeberminister ist clever, er ließ den Speichel untersuchen: AIDS positiv. Machen sich jetzt die Gewerkschaften die Volksseuche zum Bündnispartner?
Lesen Sie Seite 3


Spuckende Gewerkschafter

Donnerstag, 6. März • 40 Pfennig
Nr. 19/4 • Druck in Essen-Kettwig • 8756 • ★★ RO

Blind
WAHNSINNIG • ORDNUNGSLIEBEND

Schluß mit dem Krisengeschwätz


„Ich sehe optimistisch ins Jahr 1986", sagt Adolf H. (65). „1965 hab' ich die Zähne verloren, dann Gelbsucht und Knast. Es kann 1986 nur noch besser werden."

Totales Blackout

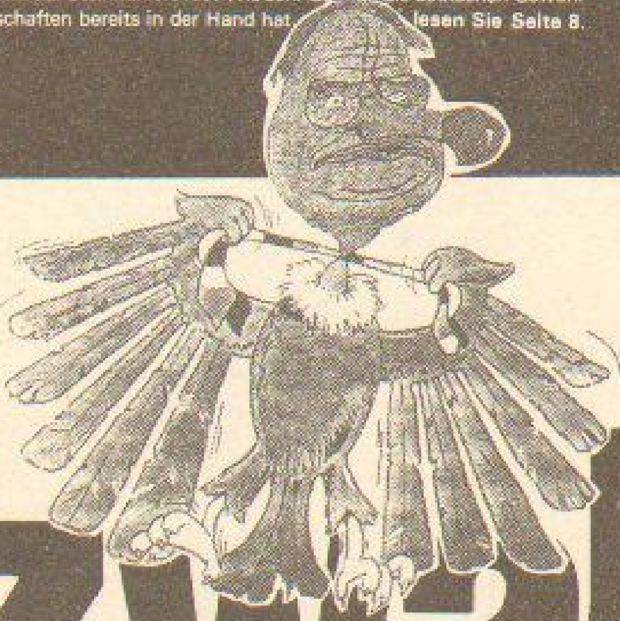


Kohl-Kopf-Querschnitt

Gaddafis radikalisierte Gewerkschafts Rambos



„Wenn die Bundesregierung den § 116 verändert, zwingt sie die Gewerkschaften dazu, sich Geld bei Gaddafi zu holen", diesen bemerkenswerten Satz fand der rasende BLIND-Reporter Löwenzahl auf Steinkühlers Klo. Wie sehr Gaddafi die deutschen Gewerkschaften bereits in der Hand hat, lesen Sie Seite 8.



Goldreagan

Wenn Sie zwischen 100 000 und 500 000 Mark in Aktien der unten genannten Unternehmen angelegt haben, dann ist in den letzten Jahren ein wahrer Goldregen auf Sie niedergegangen. Jetzt aber nicht pennen und den ganzen Zaster schnell im Ausland gut anlegen.

AEG	65
BHF	41
VW	22
PHILIPS	15
AVON	13

(Kursanstieg seit Sept. 1985)

Nachrichten

Gottes Wort
KÖLN — Kardinal Höpfner weist darauf hin, daß schon in der Bibel steht: „Du sollst nicht gegen Bundeskanzler Kohl demonstrieren."

Saustall
DORTMUND — Die Müllmänner der Stadt Dortmund beschweren sich: „Immer wenn die IG Metall auf die Straße geht, sieht es hinterher aus wie im Saustall."

Vernünftig
KÖLN — „Ich hätte schon längst einen Kompromiß mit der Regierung erzielt, denn meine Gewerkschaft streikt nie", sagt IG-Chemie-Papst Rappe

Gedanken
BONN — Wozu brauchen wir eigentlich Gesetze, wo wir doch den Rechtsausleger Blüm haben?

Klarstellung
BONN — Ernst Benda hatte ein „Blackout", als er dachte, die Änderung des § 116 sei verfassungswidrig.

Das Wetter
Auch wenn es keiner glaubt: Nach der kalten Aussperrung der letzten Tage warten alle sehnlichst auf die heiße Aussperrung.

Kohl in Schwarzwaldklinik



Mayr's GSG 9



Das Brinkmann-Team rettet Deutschland

Armer Helmut Kohl. Morgen muß unser Kanzler bei Professor Brinkmann unters Messer. „Ich vermute des Kanzlers Blackout zwischen der Märchenabteilung und dem Flickzentrum", sagt Professor Brinkmann, der unserem Helmut in einer schlimmen schlaflosen Nacht zur Seite stand. — „Ich dumm und törricht, weiß von nichts", mehr kann unser Kanzler, ein gebildeter Mann mit Doktor-Titel, zur Zeit nicht sagen ...

Zerschlagen sie unser ganzes Land

Sehen Sie sich dieses Bild genau an. Es ist nicht aus dem Karneval. Es ist bitterer Ernst. 16 maskierte, aufgehetzte, hemmungslos zu jeder Gewalttat entschlossene Mitglieder der IG Metall. Sie nennen sich „Frankensteins Gruselkabinet", doch es ist die GSG9 des Herrn Mayr. Ihr geheimer Einsatzbefehl lautet: Generalstreik, Marsch auf Bonn, dann die Regierungsgewalt übernehmen

Gewerkschaften neutralisieren



Das BLIND Gespräch

BLIND: Herr Bangemann, Ihnen und ihrer Partei wird der Vorwurf gemacht, Sie wollten die Gewerkschaften zerschlagen ...
Bangemann: Igittigitt, welch altmodisches Wort. Liberale sind modern. Wir wollen die Gewerkschaften neutralisieren.
BLIND: Neutralisieren? Was ist das?
Bangemann: Ich sage nur Neue Heimat, und jedermann weiß, Gewerkschaften haben von freier Marktwirtschaft keine Ahnung. Also sollen sie die Finger vom großen Geld lassen und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben besinnen.
BLIND: Welche wären das?
Bangemann: Im Geschichtsunterricht haben wir gelernt: Gewerkschaften sind entstanden, um dem Arbeiter die Arbeit zu erleichtern. Ich bezweifele, daß Erleichterung durch Arbeitszeitverkürzungen oder Streit um Gesetze geschaffen werden. Doch wenn Gewerkschaften einen fröhlichen Tanz in den Mai organisieren, Betriebsausflüge, Ferienwohungen und andere schöne Sachen, fühlen wir uns alle erleichtert.
BLIND: Kraft durch Freude?
Bangemann: Nicht so direkt ... ich sage immer: Lieber Feste feiern, als feste streiken.
BLIND: Wir danken für das Gespräch.

Vergewaltigungen werden durch Blind erst schön